

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 7. März 1924.

Nr. 57.

Schutz der Korruption.

Im Abgeordnetenhaus ist es gestern zu großen Lärmzügen gekommen. Die Ursache bildeten die sich häufenden Korruptionsskandale und noch mehr gab dazu Anlaß die Art, wie sich die Koalitionsbrüder, wie auch ihr Exekutionsorgan, die Regierung, die Bekämpfung der Korruption vorstellten. Daß alles das, was sich in den letzten zwei Monaten im Staate abspielte, nicht ohne Widerhall im Parlamente bleiben werde, war vorauszu sehen; die absichtliche Nichtberufung des Parlamentes während der Monate, da eine Skandalaffäre die andere jagte, um eine Besprechung dieser Affären auf der Tribüne des Parlamentes zu verhindern, hatte nur neue Spannungen zur Folge, die zur Entladung drängten. Verhüllung, Vertuschung und Unterdrückung waren noch immer die untauglichsten Mittel, Stimmungen und Meinungen aus der Welt zu schaffen. Das wollen die Mehrheitsparteien und die Regierung nicht einsehen, im Gegenteil, sie wollen die Löffelweige fette erst recht in ein System bringen! So sieht der Wille der Mehrheit aus, mit dem Sumpf, in dem unser öffentliches Leben bis zum Halse steckt, aufzuräumen. Was tut ein Arzt, wenn ein Patient vor Schmerzen aufschreit? Er verbindet ihm den Mund! So stellt sich die Koalition die Heilung des durch die an ihm laugenden Blutegel nachgerade kranken Gesellschaftskörpers vor!

Es ist wirklich und wahrhaft kein Witz aus einer Varietee groteske, sondern bittere und traurige Wahrheit! Das ist der Inhalt und die Absicht dessen, was die Regierungsparteien und Herr Svehla im Auftrage der Regierung gestern im Abgeordnetenhaus als ihren Beitrag zur Ausmiltung des Korruptionsstalles ankündigten! Man greift sich an den Kopf: ist so etwas wirklich möglich, oder äfft uns nur ein närrischer Spuk? Sieht man das Treiben der Koalition, so fragt man sich, ob denn wirklich alle Scham zu den Hunden geflohen ist. Gestern sah man die Koalitionsbrüder wieder einmal einig, — einiger denn je. Wiederholt hat sich schon vordem gezeigt, daß gerade die Korruption sie am stärksten aneinanderkniebete und die Angst vor der Aufdeckung derselben als bestes Bindemittel wirkte. Nur kein Aufhebens und kein Aufsehen gemacht! Die Korruption ist da, wir wissen es alle, sie sitzt im Parlamente, sie hat sich auch schon in die Militärverwaltung und in die Ämter hineingefressen. Aber wehe, wenn man daran zu rühren wagt! Da rücken die Koalitionsparteien um so enger und inniger aneinander, da werden Minister zu Schänen und Bechyně schreibt ebenso weidwund und leidvoll auf wie Svehla selbst. Gerade wie eine Mutter, der grausame Menschen ihr geliebtes rauben wollen?

Was hätte die Regierung gestern im Parlamente tun müssen? Was anderes, als vor die Abgeordneten des Volkes hinzutreten und alle notwendigen Maßnahmen anzukündigen, die zur Eindämmung der Korruption führen können! Offen und mannhaft hätte der Ministerpräsident sagen müssen: wir waren sorglos und leichtfertig, wir haben in der Besorgnis, eine oder die andere Partei aus der Koalition zu vertreiben, lange genug geduldet, daß gefräßige Haifische bei uns ihr Unwesen getrieben haben, daß Menschen und Gesellschaftsschichten, die sich patriotisch nennen, und die das Wort: „Der Staat ist unser“ dahin aufgelegt haben, den Staat als Minderungsobjekt, als Werkzeug zu ihrer persönlichen Bereicherung ansahen! Ja, hätte Herr Svehla sagen müssen, wir sind nicht frei von Schuld, denn bisher haben wir noch nicht einen einzigen von denen, die durch Betrügereien und Dumpereien ihre Taschen füllten, in den Arrest gesteckt, was die andern aufmunterte, ein Gleiches zu tun, aber nun ist es Schluß! Nun soll kein Minister mehr, der durch eine Spiritus- oder eine sonstige Affäre beschmutzt ist,

Spiritusgestank im Parlament.

Svehla kündigt einen Anschlag auf die Pressefreiheit an. — Große Lärmzügen. — Die Spiritusaffäre vor der Ministerbank.

Prag, 6. März. Wie vorauszu sehen war, gestaltete sich die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, durch die die Frühjahrsession als eröffnet gilt, zu einer recht stürmischen. Die in der tschechischen Presse um die Spirituskorruption geführten Kämpfe konnten natürlich vor den Toren des Parlamentes nicht Halt machen, so gern dies auch die Koalition gesehen hätte, die ja gerade deshalb, um den Auseinandergeraten in der Spirituswirtschaft aus dem Wege zu gehen, mit der Einberufung des Hauses solange gezögert hatte. Doch alles half nichts, der Spiritusgestank drang auch in das Parlamente ein und dies im wahrsten Sinne des Wortes. Ein Abgeordneter hatte nämlich vor die Ministerbank eine mit Spiritus gefüllte Flasche aufgestellt, von deren Gasse die tschechoslowakische Staatsflagge wehte und deren Inhalt im Hause bestig zu spüren war.

Die Regierung machte aus der Not eine Tugend und zur allgemeinen Ueberbrückung ergriff Ministerpräsident Svehla noch vor der Abstimmung über die wegen der Korruption eingebrachten Anträge und Interpellationen das Wort, um eine Verteidigungsrede für die Koalition zu halten. Bisher hatte dies immer ein der Regierung nicht angehörender Koalitionspolitiker getan, der ex officio Verteidiger der Koalition ist gewöhnlich der tschechische Nationalsozialist Slaviček. Heute rückte Svehla selbst aus, um eine Rede zu halten, die geradezu als unerhört bezeichnet werden muß. Es war unschätzbar, als Svehla — nicht der Koalitionspolitiker, sondern der Ministerpräsident hat gesprochen! — die Dieberei einfach als Allgemeinerechnung bezeichnet. Seine Verteidigung war auf der Basis aufgebaut: Anderswo wird auch gestohlen, warum sollte bei uns nicht gestohlen werden?

Während der Rede Svehlas ging es überaus turbulent zu. Die Abgeordneten aller Parteien standen in einem dichten Knäuel vor der Ministerbank zusammengedrängt, es gab ununter-

brochen heftige Wortplänkereien und zeitweise schien es, als ob es zwischen den Kommunisten und den tschechischen Sozialdemokraten zu einem Handgemenge kommen würde. Es ist unzweifelhaft, daß den Kommunisten infolge der verschiedenen, auch gegen sie erhobenen Beschuldigungen, die Schärfe der Angriffslinien gegen die Regierung genommen war, welche es gut versteht, die Affäre auf andere Weise zu schieben.

Die schöne Maske der Regierung bei Beginn der Sitzung, da Ministerpräsident Svehla selbst das Wort zu der Affäre ergriffen hatte und gegen die Korruption aufzutreten versprach, fiel sehr bald, früher als es vielleicht der Koalition lieb war. Unter Vergeßwärtigung der Geschäftsordnung des Hauses wurde der Antrag des Genossen Dr. Czech auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, den das Präsidium bereits auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt hatte, von der Tagesordnung wieder abgesetzt. Das Haus desabonnierte also einen Präsidialbeschluss; es ist dies ein Vorgang, der sich zum ersten Male ereignete, ein Trieb der Regierung, um die Spiritusaffäre wiederum zu begraben. Die Frage der Koalition kam zum Vorschein, die schöne Maske fiel.

In der Debatte sprach auch als Generalredner Kontra Genosse Dr. Czech, der eine Affäre nach der andern beleuchtete und die Untätigkeit der Regierung in der Korruptionsbekämpfung immer wieder aufzeigte. Der Generalredner pro Slaviček antwortete dem Genossen Dr. Czech mit einem persönlichen und dummen Angriff. Sachliches wählte er nicht zu sagen.

In der der Sitzung vorangegangenen Präsidialkonferenz hatte Genosse Dr. Czech verlangt, daß der Beschluss des außerpolitischen Ausschusses, Minister Dr. Benes möge im Plenum des Hauses eine außerpolitische Erklärung abgeben, zur Durchführung gelange. Er verlangte, daß diese auf die Tagesordnung der

schonungsvoll „aus Gesundheitsrücksichten“ still verabschiedet werden, keinen Abgeordneten soll es mehr geben, der zugleich Mitglied des Verwaltungsrates einer auf Gewinn abzielenden Aktiengesellschaft oder eines Bankunternehmens ist, was ihn in die Versuchung führen kann, sein politisches Ehrenamt im Dienste seiner Eigenschaft als Verwaltungsrat zu mißbrauchen. Schonungslos und rücksichtslos wird von nun an jeder den Gerichten überliefert, der Wein und Dein verwechselt oder der sich lumpig-trivol auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit bereichert. So hätte Ministerpräsident Svehla gestern sprechen müssen!

Was hat er aber tatsächlich gesagt? Es war gestern wie auf der Drehbühne eines Theaters. Die Koalitionspolitiker suchten ihre Rolle zu tauschen. Aus Angeklagten suchten sie zu Anklägern zu werden: schuldig sind nicht die Korruptionisten, denn die gibt es, wie Svehla begünstigt meinte, in aller Welt, und kein Staat ist von ihnen frei, um so schuldiger aber sind jene, welche von der Korruption reden und deren Beseitigung verlangen. Das ist der Text der — man höre und staune! — Anklagerede, die gestern der Herr Svehla mit größtem Pathos und gutgeschmierter stiller Entrüstung vortrug. Offenbar über Bestellung hatten die Koalitionsparteien eine dringliche Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, ob die Regierung geneigt ist, einen Gesekentwurf einzubringen, durch den Ehrenbeleidigungen, durch die Presse begangen, der Kompetenz der Geschworenengerichte entzogen werden sollen. Und prompt antwortete Herr Svehla! Vor allem: welcher Sinn liegt dieser Aktion zu Grunde? Was bestimmt die Koalitionsparteien, gerade jetzt mit dieser Forderung, die eine weitere und schwere Anbelung der Presse zur Folge haben muß, hervorzutreten? Der Minister-

nächsten Sitzung des Hauses gestellt werde; mit der Begründung, daß das Präsidium des Ausschusses diesen Beschluß dem Präsidium des Abgeordnetenhauses noch nicht übermittelt habe, wurde der Antrag abgelehnt.

Als Präsident Tomásek die Sitzung eröffnete, erhob sich Abg. Smeral von seinem Platze und rief in den Saal: „Weg mit der Regierung der Reaktion und Korruption, schreibt Neuwahlen aus!“ Es entsteht ein großer Lärm; zwischen den kommunistischen Abgeordneten und den tschechischen Sozialdemokraten kommt es zu heftigen Wortgefechten. Der Vorsitzende ruft Smeral zur Ordnung, woran sich dieser aber nicht lehrt und weiterhin ununterbrochen Injurien macht.

Sodann leisteten die neuen Abgeordneten Marjan und Milla den Eid, worauf Präsident Tomásek einen Nachruf für den verstorbenen Wilson hielt, wobei die Deutschbürgerlichen abwesend waren. Nach einer kurzen Unterbrechung macht der Vorsitzende Mitteilung davon, daß

eine dringliche Interpellation Lubavsky, Marek, Dr. Rosel, Slaviček und Stanek die Regierung auffordert, einen Gesekentwurf dem Hause zu überreichen, durch den in der Presse begangene Ehrenbeleidigungen den Geschworenengerichten entzogen werden sollen.

Zu einer Erklärung ergriff

Ministerpräsident Svehla

das Wort. Er bezeichnet die überreichte Interpellation als wohl begründet. Die Interpellation sei geführt von der Intention, daß auf eine möglichst rasche Art in der Presse begangene Ehrenbeleidigungen vor Gericht kämen und so die Verhältnisse, die heute infolge dieses Mangels herrschen, rasch beseitigt werden. Die Regierung wird daher ein diesbezügliches Gesek vorlegen. Der Ministerpräsident versucht sodann, zu begründen, daß das Geschworenverfahren in Sachen der Ehrenbeleidigung ungenügend für beide Seiten ist, teils wegen seiner Kosten, teils wegen der Unsicherheit seines Ergebnisses. Die Geschworenen urteilen, ohne Gründe anzugeben!

und er behauptete kühn, durch das Gesek werde „den weniger vermögenden Schichten“ die Möglichkeit gegeben, gerichtlichen Schutz ihrer Ehre gegen die Verbreitung von Angriffen durch eine „unverantwortliche Presse“ in Anspruch zu nehmen. Mit Verlaß! Die „weniger vermögenden Schichten“ sind nicht an den diversen Spiritusaffären beteiligt und es fällt auch niemandem ein, sie der Teilnahme daran zu beschuldigen. Es sind vielmehr recht vermögende und hochmögliche Kreise, um die es sich handelt, und diesen soll es zugutekommen, daß Anschuldigungen durch die Presse, von denen man hofft, daß sie nicht immer bis ins kleinste Detail durch Dokumente bewiesen werden können, künftig vor Berufsrichter kommen sollen! Herr Svehla lagte darüber, daß „die Lust von Mißtrauen erfüllt“ sei. Wer ist denn daran schuld? Doch jene, welche die Korruption begehen, und jene, welche die Schuldigen entschuldigen lassen, aber doch nicht die, welche die Verbrecher anklagen! Der Ministerpräsident sprach auch von den „Professionals des Terrors“, von den „Pharisäern“, die er, ein zweiter Gottesjohn, „aus dem Tempel der Gerechtigkeit“ jagen will. Er wäre besser, den „Tempel der Gerechtigkeit“ von dem Unrat zu reinigen, den die Tempeldiener hier angehäuft haben und er hätte eine bessere Figur gemacht, wenn er lieber den Professionals der Korruption an den Leib zu rücken versprochen hätte.

Herr Svehla hatte gestern keinen guten Tag. Das wird er schon noch merken. Indem er sich zum Sprecher der Wünsche der Versammlungsgesellschaft gegen Korruptionsunfälle, die sich Koalition nennt, machte, hat er sein Amt schlecht bestellt. Was er sagte und was die Koalition verlangt, läuft auf den Schutz der Korruption hinaus. Die Früchte werden rechtzeitig heranzreifen.

Blazek: Die Regierung bringt den Korruptionen größeren Schutz. Das wird ein Gesetz zum Schutze der Korruption!

Tomášek: Ich rufe den Abg. Blazek zur Ordnung.

Svehla (fortfahrend): Die Erfahrungen in den letzten Tagen zeigen, daß ein Teil der Presse in den Preßprozessen vor Geschworenen die nötige Objektivität vermissen läßt. Es geschieht auch, daß die Geschworenen den angeklagten verantwortlichen Redakteur nicht deshalb freisprechen, weil sie den gellagten Ausdruck nicht für beleidigend halten, sondern deswegen, weil sie bei dem durch das Redaktionsgeheimnis verdeckten Stand der Angeklagten nicht als schuldig ansehen. Daher ist der Schutz der Ehre vor den Geschworenen ungenügend. Es ist im Interesse der Republik, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen.

Blazek: Es hindert Euch niemand, der Korruption den Hals umzudrehen! (Lärm.)

Svehla (fortfahrend): Wir verwahren uns dagegen, daß die Terrorprofessionalisten unsere Nation und unser Leben schänden. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten, Beifall bei der Koalition.) Im Interesse der Ehre der Republik stelle ich fest, daß in den Affären nichts spezifisch tschechisches ist und daß überall solche Affären in Erscheinung traten. Mit größter Entschiedenheit sind wir gegen das Geschäft mit der Moral und werden darum sorgen, daß aus dem Tempel der Sittlichkeit die Pharisäer getrieben werden.

Blazek: Euch herauswerfen, Korruptionisten!

Svehla (fortfahrend): Es handelt sich darum zu beweisen, daß es in dieser Hinsicht keine Unterschiede zwischen den Nationen, Staaten, Gruppen, Konfessionen und zwischen dem radikalsten und konservativsten Flügel gibt.

Tomášek: Sie wollen also sagen, daß alle stehlen!

Svehla: Im Kommunismus gibt es in der Hinsicht auch keine Unterschiede und der Kommunismus hat den Diebstahl zu seinem Programm gemacht.

Tomášek: Der Herr Ministerpräsident beweist die allgemeine Dieberei.

Svehla: Die Kritik der Opposition ist uns willkommen.

Smeral: Sechs Konfiskationen in einer Woche!

Svehla: Auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes sind wir alle hergelommen.

(Rufe: Schreibt Neuwahlen aus.)

Svehla: Wir haben in fünf Jahren dreimal Wahlen gehabt und dreimal siegte diese Mehrheit und sie wird auch noch zehnmal siegen.

Inzwischen hat Haken die Präsidentenstraße betreten und nähert sich dem Ministerpräsidenten Svehla. Bei der Koalition entsteht ein großer Lärm, worauf Haken die Straße verläßt.

Als Ministerpräsident Svehla davon spricht, daß die Mitarbeit aller willkommen sei, ruft ein Galerieführer: Wir wollen Arbeit, Herr Ministerpräsident! Es handelte sich offenbar um einen Arbeitslosen. Der Zwischenrufer wurde von Dienern aus dem Saale geführt und Präsident Tomášek forderte die Galerieführer auf, sich ruhig zu verhalten.

Smeral: Vor der ganzen Welt klagen wir Euch an, daß wir über die Korruption nicht schreiben dürfen.

Im fortwährenden Lärm wird auch Scholich zur Ordnung gerufen.

Svehla: Wer öffentlich skandalisiert, begeht eines der größten Verbrechen, das ich kenne.

Smeral: Wird konfisziert werden oder nicht?

Svehla: Wenn ihr so fortfahren werdet, werdet ihr selbstverständlich konfisziert werden.

Smeral: In Oesterreich galt daselbe Gesetz wie heute, aber dennoch geschah es nicht, daß ein Blatt dreizehnmal im Monat konfisziert wurde.

Kramár: In Oesterreich ward ihr brav, deshalb seid ihr nicht konfisziert worden.

Frau Jemin: Da habt ihr das „Gott erhalte“ gesungen!

Svehla: Die Kampagne richtet sich nicht gegen Personen, sondern gegen den Staat. Ich habe noch niemanden von den Skandalisten fünf Jahre lang an der Arbeit gesehen. Auch die Kritik muß konstruktiv sein. Man darf nicht Sensationen in den Zeitungen machen, sondern muß an den kompetenten Stellen Anzeige erstatten.

Smeral: Ihr stimmt ja gegen die parlamentarische Untersuchungskommission!

Bechyně: Ihr skandalisiert ja gewerdmäßig. Ihr habt aus Euren Abgeordnetenklub den Mikulíček, der wegen Diebstahl verurteilt wird, noch nicht ausgeschloffen!

Im fortwährenden Lärm fordert der Vorsitzende den Minister Bechyně auf, Ruhe zu wahren und erteilt ihm den Ordnungsruf.

Stálek: Wir werden sehen, ob alle Korruptionisten verfolgt werden!

Svehla: Wir verfolgen die Korruption überall, wo sie erscheint und eventuell auch bei Euch. Der sächsische Ministerpräsident hat gestohlen. In Rußland wird gestohlen.

Burian: Die Nation wartet, ob Ihr die Korruption verfolgen werdet.

Svehla: Ja. Allen denen, die von der Koalition glauben, daß sie bedroht wäre, sage ich das Eine: Bei uns bestehen Differenzen und wir verbergen sie nicht. Es werden bei uns um prinzipielle und tatsächliche Fragen schwere Kämpfe geführt. Diese Kämpfe können aber die Liebe zu unserem Staat nicht untergraben.

Reibich: Solidarität der Räuber.

Svehla (fortfahrend): Das Bewußtsein unserer Verantwortung ist die Garantie, daß wir mit eisernen Schritten vorwärts gehen werden, wenn auch ein solcher Skandalisierungsterror

weiter dauern würde. Zum Schluß kündigt Ministerpräsident Svehla die Heberrechnung eines Inkompatibilitätsgesetzes an.

Der Antrag des Genossen Dr. Czech, die Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten sofort zu eröffnen, wurde angenommen.

Smeral (Komm.) polemisiert zunächst mit dem „České Slovo“, das ihn in seiner heutigen Morgenansage der Konfiskationsdienste für die österreichische Polizei bejähigte. Er werde darauf im morgigen „Rudé Právo“ antworten. Die Führung des Staates bezeichnet er als ideenlos. Er bestreitet, daß die Koalition die Mehrheit der Bevölkerung darstellt. Seit der Zeit, da in den Banken und der Industrie gestohlen wird, werden die Zeitungen konfisziert.

Sibin (tschech. Soz.-Dem.) erklärt an die Adresse Hakens, daß dieser heute die tschechische Staatsflagge geschändet habe; wenn er dies in einem anderen, z. B. im dänischen Parlament getan hätte, wäre er nicht mit gesunden Gliedern davon gekommen. Redner schließt sich dem Wunsche an, die Konfiskationspraxis von Grund auf zu ändern. Ueber den Zeitpunkt der Wahlen werden nicht die Kommunisten entscheiden, sondern wir. Es bestehe kein Grund zur Auflösung des Parlamentes.

Ueber die letzten Affären sagt Redner, daß der Vorgang des Ministeriums für nationale Verteidigung bei der Benzinaffäre klar zeige, daß bei uns die Korruption, wenn sie sichergestellt wird, nicht verschwiegen wird. Bei der Spiritusaffäre sei bis heute kein Korruptionist überführt, es handelt sich nur um Pauschalbeschuldigungen von Leuten, denen es nicht um die Ausrottung der Koalition geht, sondern um ihr Parteigebiet. Die Benzinaffäre ist ein Beweis, daß bei uns wirkliche Korruption nicht gebildet wird.

Hápel (D.-Nat.-Soz.) meint, daß durch das rasche Eingreifen in der Benzinaffäre die politische Korruption gedeckt werden soll. Statt Rede und Antwort zu stehen, kommt die Regierung mit einem Anschlag gegen die Pressefreiheit. Das, was sich heute vor unseren Augen abspielen beginnt, ist nichts als ein Herabgleiten auf der schiefen Ebene des Polizeistaates, auf der sich dieser Staat seit seinem Anfange bewegt.

Spáček (Nat.-Dem.) polemisiert mit Smeral und Hápel. Als er von der „deutschen Frechheit“ spricht, hauen die Deutschbürgerlichen mit den Häuten auf die Pulse und protestieren in lauten Tönen. Die Spiritusaffäre sei eine politische Affäre, vom Gerichtsweg überhaupt nicht erreichbar und verurteilenswert nur durch die öffentliche Meinung. Die Benzinaffäre sei weit ärger.

Dr. Lehner (D.-Nat.) sagt, daß es für ihn keine besondere Auszeichnung sei, in diesem Hause Mitglied zu sein. (Scholich: In diesem Narrenhaus!) An den Ereignissen des 4. März seien die „Národní výbor“ schuld. In solchen Fällen war immer der Wunsch eines oder des anderen Mitgliedes des „Národní výbor“ maßgebend, auch wenn es ein Lausbub war.

Nach Rajman (tschech. Gewerkepartei), der skandalöse Fälle aus der Militärverwaltung berichtet, spricht

Dr. Spina (Bund der Landwirte): Wenn man die emphatischen Stellen der Rede des Ministerpräsidenten sich vorhält, so kann man nichts anderes sagen, als „die Volkshör ich, doch mir fehlt der Glaube“. Denn es war zu schön, was der Ministerpräsident uns da an Leistungen einer höheren Staatsmoral vorgeführt hat. Wir, die wir sehen, wie maßgebende Faktoren des politischen Lebens auf schwerste beschuldigt werden, hohe Beamte und Offiziere bloßgestellt werden, wir staunen über den Aufwand von sittlichen Mitteln, die uns in der Rede des Ministerpräsidenten entgegenreten, deswegen, weil wir in dem Ministerpräsidenten auch einen Mann sehen, der, seiner ganzen Art nach, nach der realistischen Seite liegt, wie er nicht anders kann, als seine Zustucht zu den Abstrakten der Sittlichkeit zu nehmen. Für uns war heute Svehla nicht Svehla.

Charvat (tschech. unabh. Soz.-Dem.) fordert strenge Untersuchung der Spiritusaffäre.

Haken (Komm.) erklärt, aus Karpathenland zu kommen und von dort den Protest der Bevölkerung gegen das Gewaltregime der heutigen Regierung mitzubringen. Er bejähigt den karpathorussischen Wahlschwandel, den die Regierung begibt.

Sodann spricht **Genosse Dr. Czech.**

Die heutige Debatte ist der Ausfluß der katastrophalen Lage, in welche die Koalition geraten ist. Es gab für sie keinen anderen Weg, als endlich einer Aussprache freie Bahn zu schaffen. Wir begrüßen dies als ein Zeichen ausdauernder Erkenntnis. Von dieser Stelle aus aber muß ich Stellung nehmen gegen den Versuch, jedes gegen die Koalition und Korruption gesprochene Wort als einen Angriff gegen den Staat und sein Lebensinteresse und die tschechische Krone hinzustellen. Mit einer solchen Argumentation lehnen wir jede Auseinandersetzung ab. Der Ministerpräsident hat mit der Miene eines Unschuldsvormumes gefragt, wo denn die Unterlagen für alle diese Korruptionsaffären seien. Hat es bisher an Unterlagen gemangelt?

Hat nicht schon im Dezember 1923 Senator Vint auf die hohen Benzinpreise der Naphthagefellschaft hingewiesen?

Die Angelegenheit Katoľich ist bis heute noch nicht liquidiert. Was ist bis heute in der Bohemia angelegenheit geschehen, wo es nicht an den nötigen Unterlagen gefehlt hat? Auch von der Mährisch-schlesischen Bank hört man nichts weiter. Wie lange hat man dem Hause nicht schon

den Einlegerschutts versprochen? Hat der Ministerpräsident auch hier nichts gewußt? Was ist in der Spiritusaffäre geschehen? Wo ist die Verrechnung über die 30 Millionen? Auch in der Angelegenheit Donat fehlt es nicht an Unterlagen, ebenso wenig wie in der slowakischen Spiritusaffäre oder der karpathorussischen oder dem Raffineriefond. Warum werden bis zum heutigen Tage die Beschlüsse des Budgetausschusses dieses Hauses nicht durchgeführt? Der Verfassungsausschuß hat den Spiritusvertrag noch nicht geprüft, der Vertrag mit der Spiritusgenossenschaft ist dem Budgetausschuß noch nicht vorgelegt worden, die gesetzliche Regelung der Spiritusbewirtschaftung ist noch nicht in die Wege geleitet? Was ist mit der sogenannten Tabakaffäre oder mit der bekannten Kohlenaffäre, oder mit der Pferdegeschichte, mit der Petroleumgeschichte des Standard, mit der Begünstigung einiger Banken bei der Kriegsanleihe, mit den Remunerationen des Präsidenten des Schekamentes und anderer staatlicher Würdenträger? Was an Materialien vorliegt, erfährt alle Gebiete des Wirtschaftslebens. Und unter solchen Umständen behauptet der Ministerpräsident, daß es ihm an Unterlagen fehle? Und was macht die Ersparungskommission, die schon beim ersten Hauslauf des Bodenamtes Kapitalisieren mußte? Was ist mit unserer Forderung nach Regelung des gesamten Lieferungswezens? Unter solchen Umständen können wir sehr wenig Glauben haben zu dem, was der Ministerpräsident uns erzählt hat. Er stellt uns das Inkompatibilitätsgesetz in Aussicht. Wir sind neugierig, wie lange es dauern wird, bis wir ein solches Gesetz bekommen. Das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit liegt schon monatelang im Senate, die Verhandlungen darüber sind eingestellt worden. Der Ministerpräsident hat uns mit allgemeinen Moralgrundsätzen getörscht. Gewiß gibt es in anderen Staaten Korruptionen genug, aber überall wird die Bekämpfung rigoros in die Hand genommen.

Worum klopfern wir bloß die Korruption, aber nicht auch die Korruptionsbekämpfung?

Der Ministerpräsident Zeigner sitzt hinter Schloß und Riegel, aber ich sehe noch sehr viele, die bei uns in voller Freiheit herumlaufen. Ich bin überzeugt, daß es hier mit bloßen Reden nicht abgetan sein kann, und ich nehme an, daß es beim bloßen Reden nicht bleiben wird. In solchen Fällen gibt es keine Kompromisse, allen Parteien des Hauses muß Gelegenheit gegeben werden, die Sache zu prüfen. Wir warten darauf, welches Schicksal der Untersuchungsausschuß haben wird. Wir wollen keinen politischen Erfolg und sind zufrieden, wenn der bestehende Untersuchungsausschuß sich mit der Sache befassen würde, aber wir fürchten, daß es dann zu Kompetenzschwierigkeiten kommen wird. Wir erklären, daß wir den Kampf gegen die Korruption nicht aufgeben können und ihn fortführen werden.

den Kampf nicht bloß gegen die Korruptionsbajillenträger, sondern auch gegen die Korruptionsretter.

In dem Antrag der Koalitionsparteien auf Reform des Preßgesetzes erblicken wir einen regelrechten Heberfall. Nur durch einen Zufall ist es uns gelungen, etwas über diesen Antrag zu erfahren. Dieser Antrag ist wieder ohne Einvernehmen mit der Opposition unterbreitet worden. Die ein Schlußfakt wird die Opposition in diesem Parlamente behandelt. Wenn die Koalition diesen Beschluß verwirklichen sollte, so bedeutet das, daß die Geschworenenengerrichte endgültig erledigt sind. Schon mit dem Schutzeschlag wurde dem politischen Leben ein tödlicher Schlag verfehrt, nun soll der zweite folgen. Dieses neue Kunstwerk lehnen wir entschieden ab.

Der Ministerpräsident hat sich viel zugute getan auf die Konsolidierung. Wie es um diese bestellt ist, davon geben Zeugnis die ungeheuren Mengen der Arbeitslosen. Selbst wenn die Darlegungen des Ministerpräsidenten richtig wären, dann frage ich: Wem ist dieses Ergebnis zu verdanken, den Herren der Koalition oder den Millionen der arbeitenden Menschen in diesem Staate? (Widerspruch bei den Koalitionsparteien.) Darum vermag ich dem Ministerpräsidenten in seiner Argumentation nicht zu folgen. Mögen sich die Mehrheitsparteien in der Konsolidierung ein billiges Narkotikum verschaffen, ihr Jubel ist im Grunde Somnambulismus. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Slavíček** antwortet als Generalredner und polemisiert auch gegen Dr. Czech. Der Herr Dr. Czech beziehe schon jahrelang Gehalt als Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und habe noch nie amtiert.

Dr. Czech: Habe ich im Präsidium gearbeitet oder nicht?

Slavíček (fortfahrend): Sagen Sie einmal ehrlich: Wenn uns das Schicksal mit diesem Staate verbindet, so erkennen wir diesen Staat an . . .

Dr. Spina: Das ist eine Sophistik.

Dr. Czech: Hat im österreichischen Parlamente jemand eine solche Erklärung von Ihnen gefordert?

Sodann wurde die Erklärung des Ministerpräsidenten mit den Stimmen der Koalition zur Kenntnis genommen. Die Genehmigung der Regierungserklärung wurde mit ironischen Ausrufen auf den Banken der Opposition begleitet.

Tomášek: Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei Beginn der Sitzung Abg. Haken auf die Ministerbank eine Flasche Spiritus stellte, in der die tschechoslowakische Staatsflagge steckte. Ich rufe den Abgeordneten Haken zur Ordnung und werde die Sache dem Präsidium vorlegen, um zu entscheiden, ob gegen den Abg. Haken strafrechtlich eingeschritten werden soll.

Als Präsident Tomášek beantragte, daß die nächste Sitzung Dienstag, den 18. März, um ein Uhr nachmittags stattfinden, auf deren Tagesordnung sich u. a. auch der Antrag des Genossen Dr. Czech auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses befindet, erklärte Abg. Mislivec, daß im Abgeordnetenhause ein Untersuchungsausschuß schon existiere und beantragte, daß von der Wahl eines neuen Ausschusses infolge dessen abgesehen werde und daß dieser Punkt der Tagesordnung entfalle.

Der Vorsitzende ließ den Antrag Mislivec über die Weglassung dieses Punktes abstimmen und der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen und die Sitzung geschlossen.

Für eine Untersuchungskommission.

Ein gestern im Abgeordnetenhause eingebrachter Antrag der Abgeordneten Genossen Dr. Czech und Czermal betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission, lautet:

Das Abgeordnetenhause beschließt die Einsetzung eines **Mitgliedrigen Ausschusses**, welcher mit der Untersuchung jener in letzter Zeit zutage getretener Korruptionsfälle zu betrauen wäre, an denen Staatsorgane, Parlamentarier, staatliche Ämter und Korporationen beteiligt sind.

Die geradezu einzig dastehende Häufung von Korruptionsaffären, die das gesamte wirtschaftliche und politische Leben dieses Staates ergriffen haben, es auf schwerste vergiften und eine Atmosphäre schaffen, in welcher eine gedeihliche wirtschaftliche und soziale Arbeit ganz unmöglich ist, erheischt — so heißt es in der Begründung — ein entschiedenes Eingreifen aller Staatsorgane, vor allem aber der gewählten Volksvertretung, die schon aus den vorangeführten Gründen, aber auch um ihrer eigenen Ehre Willen, alles daran setzen muß, um das politische und wirtschaftliche Leben in diesem Lande so rasch als möglich zu reinigen und einer gedeihlichen Arbeit die Wege zu ebnen.

Da alle bisherigen Abwehrmaßnahmen, soweit solche überhaupt in die Wege geleitet wurden, vollständig versagt haben, da die Gesundung der Verhältnisse nicht durch faule Kompromisse, sondern einzig und allein durch resolute Handeln herbeigeführt werden kann, erscheint die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission dringend geboten, die auf Grund der an zuständiger Stelle einzuholenden Materialien und nach sachgemäher Prüfung aller stehenden Affären die Grundlagen für die Entscheidung der Nationalversammlung und für die von ihr zu ergreifenden Maßnahmen zu schaffen hätte.

Senat.

Eine ruhige Sitzung.

Prag, 6. März. Während heute im Abgeordnetenhause eine Sturmizene die andere jagte und die gerechte Empörung der Oppositionsparteien über die Korruptionswirtschaft den Koalitionsparteien eine Verlegenheit nach der anderen bereitet, war es im Senat während der ersten Sitzung der Frühjahrsession noch ruhig. Doch diese Ruhe kann nur eine Ruhe vor dem Sturm bedeuten. Denn unsere Genossen im Senat haben wegen der Korruptionswirtschaft bereits eine bringliche Interpellation und den Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingebracht, so daß die Regierung gezwungen ist, binnen kurzem im Senate Rede zu stehen. Von der Regierung wird es nun abhängen, durch ein offenes Bekenntnis zur Reinlichkeit in Politik und Verwaltung im Senat die Vorbedingung zu gedeihlicher Arbeit zu schaffen.

Die heutige Senatssitzung wurde um 17 Uhr 20 Minuten eröffnet. Zur Verhandlung stand als erster Punkt der Tagesordnung das Gesetz über die **Paubewegung**. Nach dem Bericht der Referenten sprachen in der Debatte:

Sen. Dr. Hugenreiner (d. chr.-soz.): Die Erschließung neuer Kreditquellen für die Bauförderung ist zu empfehlen; zu diesem Behufe muß getrachtet werden, in erster Reihe das ganze öffentliche Kreditwesen für die Baubewegung möglichst zu interessieren.

Sen. Dr. Herzog (d. nat.): Das vorliegende Gesetz bedeutet den Anfang der Liquidierung der staatlichen Unterstützung. Eine solche Liquidierung erscheine aber heute verfrüht und der Ausbau der staatlichen Unterstützung dürste keinesfalls von langer Dauer sein.

Sen. Genosse Löw: Wir müssen uns über die Verschleppung der Erledigung des vorliegenden Gesetzentwurfes beschwören, deren Ursache in der Spiritusaffäre zu suchen ist. Das Gesetz ist in seiner gegenwärtigen Form nicht gut durchführbar; man reduziere auf der einen Seite die staatlichen Unterstützungen, erhöhe dagegen in ganz unbegründeter Weise die Ausgaben. Genosse Löw bespricht dann eingehend die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und unterbreitet einen Antrag, daß die im § 4 des Gesetzes festgesetzte Frist entsprechend verlängert werde.

Sen. Panel (tsch. Nat.-Soz.): Bei dem Kampfe um das Wohnungselend ist genug energisch und wirtschaftlich folgerichtig vorgegangen worden. Diese Fehler müssen jetzt wieder gut gemacht werden.

Das Gesetz wird nach dem Schlusswort der Referenten angenommen.

Hierauf werden noch angenommen: Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, durch den das Verhältnis der Staatverwaltung zur tschechoslowakischen Ober-Dampfschiffahrtsgesellschaft A.-G.

geregelt wird, und der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Litauen.
Schluß der Sitzung um 20 Uhr 15 Min.
Nächste Sitzung morgen Freitag um 11 Uhr mittags. In dieser Sitzung wird über den Antrag unserer Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses behandelt werden. Nach der morgigen Sitzung tritt dann eine Pause bis zum 18. März ein.

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Prag, 6. März. In der heutigen Senats-sitzung haben die Senatoren Genossen Dr. Heller, Riehnert und Genossen folgenden Antrag eingebracht:

Der Senat beschließt die Einsetzung eines 17-köpfigen Ausschusses, der die gegen die Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung erhobenen Beschuldigungen, an Korruptionsfällen beteiligt zu sein, zu untersuchen und dem Hause binnen einem Monat Bericht zu erstatten hat.

Die Begründung dieses Antrages besagt:

Seit Monaten häufen sich im Staate die Korruptionsfälle. Gegen Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung wurden in der Presse schwere Beschuldigungen erhoben, sich an der Korruption des öffentlichen Lebens beteiligt, Bestechungen verübt, Bestechungsgelder angenommen zu haben. Die moralische Atmosphäre in der Republik ist vergiftet, das Ansehen des Staates im Ausland untergraben. In alledem schweigen die Regierung und die Mehrheitsparteien und versuchen, jede Erörterung im Parlament unmöglich zu machen. Die Frage, ob Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung an Korruptionsfällen beteiligt sind, geht aber alle Staatsbürger und alle Parlamentarier ohne Unterschied der Parteugehörigkeit an. Der derzeitige Zustand ist unerträglich. Nur volle Klärung des Sachverhaltes und die Befestigung der Schuldigen aus dem öffentlichen Leben kann hier Abhilfe schaffen. Diese Reinigung bedeckt der Antrag.

Die Regierung muß Rede stehen!

Prag, 6. März. Die Senatoren Genossen Dr. Heller, Riehnert und Genossen haben an die Gesamtregierung wegen Maßnahmen gegen die Korruption eine dringliche Interpellation gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

Seit Monaten bringt die Presse täglich neue Nachrichten über Korruptionsfälle, in welchen die Mitglieder der Regierung, Beamte, Abgeordnete und Senatoren der Bestechlichkeit, des Mißbrauches der Amtsgewalt, der persönlichen Bereicherung beschuldigt werden. Der ganze Staat wird von diesen Nachrichten erschüttert, die Bevölkerung erregt und nur Regierung und Parlament schweigen sich aus. In keinem anderen Staate wäre es möglich, daß derart schwerwiegende Beschuldigungen gegen Minister, gegen Abgeordnete und Senatoren, gegen hohe Beamte erhoben werden, ohne daß die Regierung sofort in aller Deutlichkeit die notwendige Aufklärung erteilen würde, in keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß sich Parlamentarier solche Anschuldigungen gefallen lassen, ohne sofort auf resloße Aufklärung zu dringen.

Die Zahl der Korruptionsfälle wächst ins Ungeheuerliche.

Wir wollen nicht jeden einzeln anführen, sie sind der Regierung aus der Presse bekannt. Auch ein Teil der Presse der Koalitionsparteien hat durch lange Zeit volle Aufklärung und Befestigung der Schuldigen gefordert. Wenn diese Presse seit einiger Zeit schweigt, so ist dies wohl ein Zeichen dafür, daß sich die Koalition nicht mehr sicher fühlt, aber kein Grund, der Bevölkerung zuzumuten, gleichfalls alles schweigend hinzunehmen.

Die Regierung hat ihre Pflicht, Aufklärung zu verschaffen, unserer Ansicht nach in schwerster Weise vernachlässigt. Wenn sie diese Aufklärung nicht erteilen kann oder will, so ist es ihre Pflicht abzutreten.

Solange sie im Amte ist, ist sie der Bevölkerung und dem Parlament verantwortlich. Längst wäre es Sache der Regierung gewesen, alle Korruptionsfälle gründlich zu untersuchen und reslos aufzuklären und dies in aller Deutlichkeit und unter Kontrolle und Teilnahme des ganzen Parlaments, insbesondere auch der Opposition. In jedem demokratischen Staat wäre dies eine Selbstverständlichkeit. Da die Regierung dieser ihrer Pflicht bisher nicht nachgekommen ist, fordern wir die sofortige Untersuchung und Aufklärung aller Korruptionsfälle, wie sie durch die Presse behauptet wurden, wir fordern aber auch, daß Maßnahmen getroffen werden, welche für die Zukunft solche Dinge unmöglich machen. Wir fragen daher die Regierung:

Ist sie bereit, alle Beschuldigungen, welche gegen Mitglieder der Regierung und der Nationalversammlung, sowie hohe Beamte erhoben wurden, sofort einer unparteiischen und gründlichen Untersuchung unter parlamentarischer Kontrolle unterziehen zu lassen.

Ist sie bereit, in Gemäßheit der im Abgeordnetenhause einstimmig angenommenen Re-

solution sofort ein Inkompatibilitäts-gesetz vorzulegen.

Ist sie bereit, dahin zu wirken, daß das im Senat vorgelegte Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit ehestens zur Beratung gelangt.

Inland.

Das Benzin-Panama.

Weitere Verhaftungen bedrohend. — Das „Rube Bravo“ beharrt darauf, daß Rubiček's Briefe echt sind. — Smeral und die Polizei im Bunde.

Wie die „Rozhodni Listy“ berichten, ist eine lange Reihe von Personen an der Benzin-Korruptionsaffäre beteiligt und wie verlangt, könne man noch eine Reihe weiterer Verhaftungen erwarten.

Die Briefe Rubiček's.

„Rube Bravo“ beharrt darauf, daß die Briefe Rubiček's authentisch seien. Ferner bringt es eine Erklärung des Ingenieurs Kacha, der vom „Bravo Lidu“ beschuldigt wurde, als Privat-konfident Rubiček's aus dessen Schuttsache Dokumente entwendet, sie fotografiert und wieder zurückgelegt zu haben, worauf diese Dokumente unter Beihilfe Prasek's den Kommunisten in die Hände gespielt worden seien. Kacha erklärt, das „Bravo Lidu“ lügen zu wollen. Er sagt, eine Woche vor den letzten Weihnachtsferien habe er im Parlamente mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hampel verhandelt. Unter anderem ist von den Quittungen über die Gelder aus dem Spirituskorruptionsfonds gesprochen worden, namentlich über den Betrag von 600.000 Kronen, die auf den Namen eines sozialdemokratischen Abgeordneten gelautet haben. Abg. Hampel hat zuerst erklärt, daß er die Angelegenheit strengstens untersuchen werde. Der Name des Bestochenen sei ihm (Kacha), sowie auch Hampel bekannt. Am zweiten Tage habe Hampel aber Kacha nicht empfangen. Darauf habe sich Dr. Rubiček telefonisch an Hampel gewendet und diesem auf Aufforderung die Uebersetzung des schriftlichen Materials versprochen, das einem engeren Kreise der sozialdemokratischen Partei vorgelegt werden sollte. Kacha bezeugt, daß er ein ganzes Bündel Quittungen, auch die auf 600.000 K., gesehen habe.

Das Geßte Smeral gegen Emeral.

Zum zehnjährigen Jubiläum der Sviba-Affäre.

Das „Osele Smeral“ veröffentlicht die Befehle, durch die Smeral überführt werden soll, der österreichischen L. L. Polizei Konfidentendienste geleistet zu haben. Das Blatt sagt: Am 1. Oktober 1914 handte Smeral auf einem Redaktionspapier des „Bravo Lidu“ in dem er damals der leitende Redakteur war, eine Zuschrift, die an einen Kommissar der Staatspolizei gerichtet war und in welcher es hieß: Ich würde Ihnen durch den Redaktionsdiener den ersten Teil der Auseinandersetzung unseres prinzipiellen Standpunktes in jenen politischen Fragen, deren Aufklärung bei meinem Verhör im Falle Dr. Soukup's als notwendig angesehen wurde. Wenn Sie und auch Herr Regierungsrat Kunz es als zweckmäßig ansehen, können eine ähnliche Darlegung und Befehle auch über weitere Fragen, besonders solche, die unseren Standpunkt in der 1. der Außenpolitik des Staates, 2. zur Russophobie, 3. in der südslawischen Frage und in unseren Beziehungen zu den tschechischen Vereinen im Auslande betreffen, zu unterbreiten, bin ich sehr gerne bereit, über jede dieser Angelegenheiten ein ähnliches Exposé, wie es diese Anfangserwägung ist, auszuarbeiten und Ihnen vorzulegen.

Die Teschner Krankenkasse und der „Duch casu“. Der Ostrauer „Duch casu“ läßt sich auf unseren Bericht über die Zustände bei der Teschner Krankenkasse eine Art Entgegnung durch seinen Berichterstatter senden. Auf die von uns angeführten Tatsachen kommt der Artikel mit keinem Wort zurück, bringt zum Teil Unwahrheiten, zum Teil Andeutungen von allgemeinen Anschuldigungen, die dem Leser gänzlich unverständlich bleiben müssen. Unrichtig ist die Angabe des „Duch casu“, daß in der Krankenkasse bis zur Vera Tessa ausschließlich deutsch amtiert wurde. Vor dem Kriege schon, gleich nach der Eroberung der Krankenkasse durch die deutschen und polnischen Sozialdemokraten in Teschen war die Amtsführung doppeltsprachig (Vorstand war der polnische Sozialdemokrat Regier), und nach dem Plebiszit, als die Tschechen Teschen besetzten, wurde sie sofort dreisprachig. Das muß der Berichterstatter wissen, wenn er auch erst vor kurzem nach Teschen gekommen ist, denn dafür steht ihm das ganze Archiv der Krankenkasse zur Verfügung. Das ist zumindest eine für einen Berichterstatter mehr als sehr lässige Unwahrheit. Man kann sich aus dieser Feststellung leicht ein Bild über die Qualitäten des Berichterstatters machen. Unsere Behauptungen hat er mit keinem Worte berührt, vielmehr allgemeine Verdächtigungen und tatsächliche Unwahrheiten geschrieben.

Anerkennung für die Arbeiterregierung

London, 5. März. (A. N.) Lord Cecil sprach gestern in Brighon und erklärte, daß man sich nur gratulieren könne, daß die britische Regierung bekanntgegeben habe, ihre auswärtige Politik werde die des Völkerbundes sein, und daß sie gedente, alles zu tun, was die Autorität des Völkerbundes kräftigen könnte.

„Bereichert Euch“!

Korruption und Kapitalismus.

Mit einer Gesellschaftsordnung, in der in den Händen Weniger eine ungeheure wirtschaftliche Macht vereinigt ist, ist die Korruption eng verbunden. Die Bestechung von Trägern der Staatsgewalt, von Inhabern öffentlicher Funktionen ist insbesondere in den Zeiten rascher Kapitalbildung, der Entstehung von großen Vermögen, eine Masse a e r s c h e i n u n g geworden, hervorgerufen durch das Streben, auf leichte Weise reich zu werden und sich dadurch alle Genüsse des Daseins anzueignen.

Schon Karl Marx hat die ökonomische Funktion der Korruption in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere in der Zeit der sogenannten ursprünglichen Akkumulation, das ist jener Zeit des beginnenden Kapitalismus, in dem die ersten großen Kapitalien gebildet wurden, einer Betrachtung unterzogen. Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Verflachung und Begrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandelung von Afrika in ein Schach zur Jagd auf Schwarzhäute, bezeichnet die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. (Kapital I. Volksausgabe, Seite 679.) Diese Ausplünderung der Kolonialvölker wurde dadurch erleichtert, daß die großen Monopolkonglomerate — als ein Musterbeispiel kann hier die Ostindische Kompanie dienen — die Beamten, welche in jenen fernem Ländern die Staatsgewalt vertreteten, durch Geldmittel ihren Zwecken dienstbar machten. Die englischen Banken in Indien nahmen an dem Handel der ostindischen Gesellschaft teil, sie „erhielten Kontrakte unter Bedingungen, wodurch sie, glücklicher als die Admirale, aus nichts Gold machten“. Marx erzählt, daß von 1757 bis 1766 die ostindische Kompanie an die Beamten sechs Millionen Pfund Bestechungsgelder ausgezahlt hat. Mit der Korruption der öffentlichen Beamten begann der Kapitalismus seinen Siegeszug um die Erde der die Massen der Menschheit allenfalls in vollkommene Abhängigkeit von einigen wenigen Kapitalbestizern brachte.

In den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts wählte die Maschinenwelt die Kleinbürgerliche Produktionsweise in Frankreich völlig um. Die reich gewordene französische Bourgeoisie rebellierte gegen das feudale Königtum der Bourbonen und durch die Julirevolution von 1830 setzte sie ihren Mann, Ludwig Philipp von Orleans, den Bürgerkönig, der selbst einer der erfolgreichsten kapitalistischen Unternehmer war, auf den Thron. Schon in den ersten Wahlen in die französische Kammer, die Thiers, der spätere Schlichter der Kommune, durchführte, wurden dazu berührt, um durch Massenbestechungen eine dem Bürgerkönigtum ergebene Kammermehrheit zu erreichen. Der König selbst war hochgerig und an allen möglichen Finanzgeschäften beteiligt. Die Verbindung von Börse und Politik wurde die engste. Börsentriebe benützten die ihnen von hochstehenden Politikern gewordenen Informationen zu Börsengewinnen und zahlten für diese Nachrichten enorme Summen. Ein wahres Spekulationsfieber hatte die Bevölkerung ergriffen. Die Bauten von Eisenbahnen eröffneten dem Kapitalismus ungeahnte Möglichkeiten, der Kapitalreichtum der Bourgeoisie nahm außerordentlich zu. „Bereichert Euch!“ war die allgemeine Parole der Zeit. Mit allen möglichen Mitteln suchte das Bürgerium diesen Feldzug zu verwirklichen und scheute sich nicht, die höchsten Beamten seinen Zwecken dienstbar zu machen. Zahlreiche Prozesse bewiesen der Bevölkerung die Teilnahme hoher Beamter an Lieferungen und Konzessionsgeschäften. Der erste Ministerpräsident des Bürgerkönigtums, Laffitte, ließ sich vom Staate für seine Verdienste den doppelten Preis ihres Wertes bezahlen. Ein Prozeß gegen die beiden Politiker Bayrou und Constant brachte zu Tage, daß beide mit je 200.000 Franks bestochen waren. Der Minister des Innern erteilte eine Theaterkonzession für 100.000 Franks, der Kriegsminister Cubières ließ sich als Besitzer eines Steinhalzbergwerkes unrechtmäßige Manipulationen zu schulden kommen, der Arbeitsminister Teste ließ sich mit 100.000 Franks bestechen. In der Kammer ließ die Mehrheit keine Debatte über die zahllosen Affären zu und ging stets über sie zur Tagesordnung über.

Das französische Proletariat jagte dann in der Februarrevolution von 1848 den Bürgerkönig mit samt seiner Kammermehrheit und den bestochenen Beamten zum Teufel.

In Oesterreich setzte die kapitalistische Grünberätigkeit in den Fehzigerjahren ein. Auch hier brachte der Bau der Eisenbahnen, dieser Blutader der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einen ungeahnten industriellen Aufschwung, zahlreiche Aktiengesellschaften wurden gegründet, die Aktien standen hoch im Kurs, ohne daß hinter ihnen größere Sachwerte standen. Die Banken schafften wie Pilze aus dem Boden, leichter Erwerb und rascher Gewinn demoralisierten die Bevölkerung, sie endlich in dem großen Krach von 1873 das Kartenhaus der Börse plötzlich zusammenbrach. Die Prozesse, die die Folge dieses Börsenkrachs waren, beleuchteten abermals die enge Verknüpfung von Börse und Politik, insbesondere die herrschende Partei der damaligen Zeit, die Verfassungspartei, zeigte sich durch und durch korruptiert. Ein Geschichtsschreiber sagt von ihr, daß sie im Parlament Börsengeschäfte gemacht und an der Börse Politik getrieben habe. Das Abgeordnetenhause bestand schließlich nur noch aus

Verwaltungsräten von Banken und Eisenbahnen. So wie heute standen an der Spitze der Banken bürgerliche Politiker. Die bürgerliche Presse war ein Reklamebüro für alle möglichen Geschäfte geworden, die volkswirtschaftlichen Redakteure der großen Blätter waren alle bestochen. Die größten Skandale wurden in dem Prozeß Ofenheim, dem erfolgreichsten Spekulanten jener Zeit, aufgedeckt, der vom 9. Jänner bis 27. Feber 1875 in Wien stattfand. Der Angeklagte wurde überführt, für den Bau der Lemberg-Czernowitzer Bahn schlechtes Material geliefert zu haben. Die gelieferten Schwellen waren verkauft, die Brücken nur notdürftig errichtet, so daß man sich fürchtete, auf der Bahn zu fahren. Die Schnellzüge auf dieser Bahn mußten überhaupt eingestellt werden, die Unfälle wurden zu einer ständigen Rubrik der Tagespresse. Eine Reihe von Abgeordneten war in die schmutzige Affäre verwickelt und sechs ehemalige Minister daran beteiligt, und zwar die Barone Petrino und Banhaus, Ritter von Grocholski, Graf Potocki Piener und Wiszra, welsch letzterer in kurzer Zeit ein Ringstraßenpalais, ein Vorstadthaus, eine Villa und ein Landgut erworben hatte.

So fing auch die industrielle Entwicklung Oesterreichs mit Korruption und Bestechung an.

Die Entfaltung des Kapitalismus in den Südböden führte in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zur Bildung einer tschechischen Bourgeoisie. Die Entstehung von großen Unternehmungen, deren Besitzer Tschechen waren, wurde als nationale Tat angesehen, das Wachstum des Reichtums und der Macht der tschechischen Bourgeoisie wurde zu einer allnationalen Angelegenheit. Die tschechische Bourgeoisie stellte schon vor dem Kriege ihre Profitinteressen den Interessen der Nation gleich. Auf diesen Schwandel hat seinerzeit der jetzige Senator Cyril Horáček aufmerksam gemacht, der am 19. Juli 1922 in der „Samostainost“ darüber schrieb:

„Es ist charakteristisch, daß es bei uns keine Unterschiede gibt zwischen den individuellen wirtschaftlichen Interessen und den öffentlichen volkswirtschaftlichen Interessen und daß jedes Bereichern, mit welchen Mitteln auch immer, als ein Verdienst, als ein volkswirtschaftliches Beginnen angesehen wird. Wer in zehn Verwaltungsräten sitzt, in denen er Kontingenzen nimmt, wer durch verschiedene Geschäfte, Spekulationen und öffentliche Funktionen sich in kurzer Zeit ein ansehnliches Vermögen erwirtschaftet, der sieht sich als ausgezeichneten, und patriotischen Nationalökonom an. Das öffentliche Strebertum findet seine Lobredner.“

Nach dem Kriege kam für die tschechische Bourgeoisie abermals eine Zeit unerhörter Bereicherung. Das lag sowohl an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Kriege, welche Spekulationen von bisher nicht geahntem Maßstabe und Valutagewinne möglich machte, als auch daran, daß die tschechische Bourgeoisie in den Besitz des Staatsapparates gelangt war, worin wieder gewaltige Möglichkeiten der Bereicherung lagen. Wir erinnern nur an das Bewilligungssystem, das Leuten, die „Beziehungen“ hatten, ein Monopol in gewissen Artikeln verschaffte, das sie weidlich ausgenutzt haben, an die Restriktion von Industrieunternehmungen und Banken, was politisch einflussreichen Persönlichkeiten zu Verwaltungsposten und fetten Pfänden verhalf. So trat auch hier die Verbindung von Politik und Geschäft ein, die die Korruptionsfälle der letzten Zeit möglich machte.

Diese wenigen geschichtlichen Beispiele werden genügen, um zu zeigen, daß jede Zeit kapitalistischen Aufschwunges mit der Korruption der Bourgeoisie und der herrschenden bürgerlichen Staatsgewalt aufs engste verknüpft ist. Der Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus und der Korruption der Staatsgewalt ist ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus, der erst mit der Befreiung des Kapitalismus selbst verschwinden wird. Die Moral der Bourgeoisie erlischt: aus ihren Interessen als der herrschenden Klasse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, sie ist eine Moral des Eigenen, sowie die Moral des Proletariats, die aus dessen wirtschaftlichen Lebensbedingungen hervorgeht, ihre Gemeinsamkeit ist. Man kann die Moral der Bourgeoisie und die Korruption des öffentlichen Lebens nur dann bekämpfen, wenn man den Kampf aufnimmt gegen das ganze System der kapitalistischen Ordnung.

Eigene Arbeiterwohlfahrts-ausschüsse und deren Aufgaben.*)

Die Art und Weise, wie von bürgerlicher Seite vielfach die Wohlfahrtspflege aufgefahst und geführt wird, erzeugt in vielen Kreisen der Arbeiterschaft eine gewisse Abneigung dagegen und gleichzeitig das Bedürfnis nach entsprechendem Einfluß hierauf. Diesem Bedürfnis ist in Deutschland dadurch Rechnung getragen worden, daß auf Anregung der sozialdemokratischen Parteileitung im ganzen Reiche Arbeiterwohlfahrtsausschüsse gebildet wurden.

Die Nutznießer dieser Wohlfahrtspflege haben vollstes Vertrauen zu den von der Arbeiterschaft eingesetzten Kommissionen. Sind diese doch aus Personen ihrer eigenen Klasse gebildet, die am ersten die sozialen Nöte erkennen. Allgemeine Befriedigung löste es in der Arbeiterschaft aus, als die Aufforderung zur Bildung von Arbeiterwohlfahrts-ausschüssen erging. Fast in jeder größeren Gemeinde, vor allen Dingen in den Industriestädten,

* Siehe die Artikel vom 21. und 23. Feber über Bezirksjugendfürsorge und Wohlfahrtsamt.

Neue Balkanwirren.

Kriegsdrohungen gegen Bulgarien.

fanden sich aus den Reihen der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen beiderlei Geschlechts gern bereit, diese Arbeit auf sich zu nehmen. Oberster Grundsatz der Arbeiterwohlfahrtsauschüsse ist nicht Wohltätigkeit, sondern Wohlfahrts-pflege zu üben!

Die Aufgaben und Ziele der Arbeiterwohlfahrtsauschüsse können nachstehend zusammengefaßt werden:

Die Tätigkeit muß in enger Verbindung mit der amtlichen Wohlfahrtspflege ausgeübt werden und sie muß in erster Linie vorbeugender Natur sein. Die Ursachen der Armut müssen unter Ausschaltung armenrechtlicher, strafrechtlicher und polizeilicher Gesichtspunkte bekämpft werden.

Die Wohlfahrtspflege muß sozialen Geist in sich tragen; jede Politik muß von ihr ferngehalten werden.

Die Nutznießer der Wohlfahrtspflege müssen dahin erzogen werden, daß sie erkennen, eine Daseinsberechtigung zu haben mit Forderungen an das Leben und die Gesellschaft.

Die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Wohlfahrtspflege soll nicht ausgeschaltet werden, notwendig ist jedoch, daß sie mit einem Einschlag starken Klassenbewußtseins durchgesetzt wird.

Die Frage nach Würdigkeit oder Unwürdigkeit, Schuld oder Sühne muß vollständig ausbleiben. Allein entscheidend ist die Frage nach Heilbarkeit oder Unheilbarkeit. Der Heilbare ist zu heilen, der Unheilbare zu versorgen oder unschädlich zu machen.

Die Begriffe Abschreckung und Erniedrigung haben zu verschwinden; sie sind zu ersetzen durch wirklich wohlfahrtspflegerische Begriffe: Erziehung, Vorbeugung, Achtung der Persönlichkeit und Hebung der Menschewürde.

Die freie Wohlfahrtspflege soll einerseits der Begleiter für die amtliche Wohlfahrtspflege, andererseits ihre Ergänzung sein.

Die Arbeiterwohlfahrtspflege hat ihre große Aufgabe darin zu erblicken, daß sie der Wohlfahrts-pflege die Stellung verschafft, die ihr innerhalb der sozialen Zielsetzung zukommt. Sie muß dafür arbeiten, daß ein einheitlich in- und durcheinander greifendes System der Verhütung, Heilung und Versorgung eingeführt wird.

Sie muß die Arbeiter aus Objekten zu Subjekten und aus den bloßen Pflanzlingen zu Trägern der Wohlfahrtspflege machen.

Die Arbeiterwohlfahrtspflege umfaßt im allgemeinen Sinne die Summe der vorbeugenden, heilenden und versorgenden Maßnahmen im Dienste der öffentlichen Gesundheit, des Mutter- und Kindes-schutzes, der Jugendfürsorge, des Arbeiterschutzes und der Alters-hilfe, um so der Gesamtheit des Volkes eine gute körperliche, geistige und sittlich-seelische Gesundheit zu bringen und zu erhalten.

Besonderen Schutz muß die noch nicht arbeitsfähige Jugend genießen. Ferner die vorübergehend arbeitsunfähigen Kranken, die werdenden Mütter vor und nach der Geburt des Kindes und dauernde angemessene Versorgung der nicht mehr arbeitsfähigen Menschen. Hierbei ist zu unterscheiden:

- a) Die allgemeine Vorbeugung und Schadenverhütung durch das öffentliche Gesundheitswesen;
- b) die Jugendfürsorge als Verwirklichung des von den Eltern nicht erfüllten oder von ihnen nicht erfüllbaren Erziehungsanspruches der Jugend;
- c) Der Versorgung eines Gegenstandes eines durch Arbeitsleistung gesetzlich erworbenen Rechtsanspruches;
- d) Die Fürsorge als eine individualisierende, von Fall zu Fall zu bestimmende ergänzende Hilfe.

Ein wichtiges Gebiet der Arbeiterwohlfahrts-pflege ist die Milderung der durch den Krieg entstandenen Schäden. Sie lenkt ihr besonderes Augenmerk auf Heilung und Linderung der Schäden der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, sowie auf Erwerbslosenfürsorge. Notwendig ist hier, für Nahrungsmittel, Kleider, Wäsche, Betten und Unterkunft zu sorgen auf dem Wege der öffentlichen Hilfe durch Staat,

Belgrad, 6. März. Nach Nachrichten aus Sofia sind in Bulgarien alarmierende Nachrichten über einen Schritt Südbalawiens gegen Bulgarien verbreitet. Die offizielle bulgarische Tel.-Ag. spricht in einem Bericht aus London davon, daß Südbalawien an Bulgarien den Krieg erklären wolle. Die südbalawische Regierung stellt demgegenüber fest, daß sie völlig loyal vorgehen werde, daß sie aber alles unternehmen werde, was zum Schutze der südbalawischen Grenzen gegen Bulgarien notwendig sei. Die Belgrader Regierung habe Dokumente in der Hand, die konstatieren, daß mazedonische Banden wirklich einen Einfall im Frühjahr vorbereiten.

Die Massenverhaftungen von Mazedonien.

Sofia, 4. März. Minister des Innern Rusev setzte heute Journalisten auseinander, weshalb die Regierung Mazedonier verhaften ließ. Die Regierung will den Beweis erbringen, daß die seitens Jugoslawien Bulgarien gegenüber erhobene Anschuldigung unwahr ist. Die Regierung will Frieden und Ruhe am Balkan; sie verhaftet deshalb alle verdächtigen Elemente und schreitet in Ostbulgarien ein, um jeder Mutmaßung einer Teilnahme an der Aktion Todor Alexan-drows vorzubeugen. Möglicherweise werden

Gemeinde und Versicherungsträger, auf dem Wege der freien Fürsorge durch Vereine, Stiftungen usw. sowie auf dem Wege der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Für Unterstützungen an einzelne Hilfsbedürftige und an kinderreiche Familien ist in systematischer Weise zu sorgen.

Die Ursache der Armut ist in erster Linie: Arbeitslosigkeit. Hier unterscheidet man wieder drei Formen: Arbeitsmangel, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitscheu. Durch Umgestaltung der Wirtschaft und Organisation der Arbeit ist der Arbeitsmangel bedeutend einzuschränken. Arbeits-unfähigkeit tritt ein durch Krankheit; auch hier unterscheidet man die vorübergehende oder dauernde, die beschränkte oder volle Arbeitsunfähigkeit. Das schwerste Problem, dem die Wohlfahrtspflege gegenübersteht, ist die Arbeitscheu. Die Arbeitscheuen rekrutieren sich hauptsächlich aus Psychopathen und zum Teil aus Opfern der Verwahrlosung und schlechten Erziehung. Ferner tritt Arbeitscheu als Folge von Krankheiten, langer vergeblicher Arbeitsuche, Erschöpfung durch stumpfsinnige Arbeit, Ueberanstrengung sowie Unfähigkeit, sich auf dem offenen Arbeitsmarkte zu behaupten, auf. Die Wohlfahrts-pflege muß hier einsetzen und die Arbeitscheuen je nach der Ursache der Arbeitscheu besonders behan-deln. Vor allem darf hier nicht polizeilich, straf- oder armenrechtlich eingegriffen werden. Durch Unterbringung in Arbeitskolonien oder geeigneten Arbeitshäusern kann ein großer Teil der Arbeits-cheuen dem arbeitsamen Leben wieder zurückge-wonnen werden.

Ein wichtiges Gebiet ist die gesundheitliche Wohlfahrtspflege; darin liegt die Grundlage aller Verhütung von Arbeitsunfähigkeit. Hier seien einige Aufgaben aufgeführt, die unbedingt durchgeführt werden müssen: 1. allgemeine vorbeugende Sozialhygiene; 2. spezielle vorbeugende Sozialhygiene, die Heilversorgung und Fürsorge; 3. Wohnungs- und Siedlungswesen; 4. eine umfassende und bereinigte Sozialversicherung mit dem Ziel der vollen Heilversorgung der dauernd Arbeitsunfähigen. Grundsatz muß hierbei sein: an Stelle der Schadenvergütung Schadenverhütung; 5. Gesundheitspflege je nach Altersklasse und gesellschaftlichen Arbeitsleistungen, ihre Abgrenzung gegenüber und ihre Verbindung mit den einzelnen Zweigen der Wohlfahrtspflege; 6. Verhütung kör-perlicher und sittlicher Anstufungen sowie von Fort-pflanzung unzurechnungsfähiger Personen durch

diese Maßnahmen auch Unschuldige treffen, die Regierung könne nicht anders vorgehen. Sie hat den Auftrag erteilt, die Verhaftungen rücksichtslos vorzunehmen und die Behörden sollen, wo sie hierzu selbst nicht ausreichen, die Beistellung von Militär fordern. Wer den Auf-trag nicht ausführt, wird gerichtlich verfolgt werden.

Am Nachmittag interpellierte der Abg. des „Demokratischei sgovor“ Karandjulov, ein gebürtiger Mazedonier, in der Sobranjesitzung den Minister Rusev betreffs der Verhaftungen. Dieser erwiderte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Cankow, die Verhaftungen seien ein durch die Interessen Bulgariens geforderter Staatsakt und es werde in den Verhaftungen und im Einschreiten fortgefahren werden. Karandjulov erklärte, mit der Antwort nicht zufrieden zu sein.

Die Mazedonier haben sich in Petrič der Vornahme von Verhaftungen widersetzt und hierbei von den Waffen Gebrauch gemacht. Auf Seite der Polizei und der Mazedonier wurden Personen verletzt. Bisher ließ die Regierung ungefähr vier-hundert Mazedonier verhaften. Die Regierung beabsichtigt, alle Mazedonier an der serbischen und griechischen Grenze zu internieren und übernimmt die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung.

Verwahrung (Verwahrungsgesetz), Absonderung unheilbarer Kranker.

Mutterschutz: Die Mutterschaft ist als gesellschaftliche Leistung zu werten. Nicht Erhöhung der Geburtenzahl, sondern die Gesunderhaltung und gute Entwicklung der Geborenen ist unter den heutigen Verhältnissen das Notwendige. Schaffung eines Gesetzes betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Eine Einschränkung der Erwerbsarbeit der Mütter muß erfolgen. Die erwerbstätigen Mütter und ihre Kinder sind ganz besonders zu schützen. Die Witwenrenten für erwerbsfähige Mütter und solche Witwen, deren Zeit und Arbeitskraft durch Pflege und Erziehung der Kinder in Anspruch genommen wird, oder die besondere Aufwendung für ihre Beaufsichtigung machen müssen, sind zu erhöhen oder durch freie Unterbringung der Kinder zu ergänzen.

Frauenarbeit und solche Arbeiten, die den weiblichen Organismus gefährden, sind zu verbieten. Die Arbeit ist durch ausreichende Erholungs-pausen zu unterbrechen.

Jugendwohlfahrt: Das Unmündigen-recht von der Geburt bis zur Mündigkeit ist einheitlich zu regeln. Die Obervormundschaft umfaßt den Schutz der Säuglinge, Kleinkinder, Schüler und der schulpflichtigen Jugend und namentlich den Schutz der Vollwaisen und unehelichen Kinder.

Der jugendrechtliche Anspruch auf die Pflege und Erziehung, die zur Heranbildung einer gesunden, lebensfrohen, leistungsfähigen und sittlich hoch-stehenden Bevölkerung erforderlich ist, ist vom Staate sicherzustellen. Ein entsprechendes Jugend-wohlfahrtsgesetz ist erforderlich. Es muß in enger Verbindung zum Schulunterricht, Schulpflege, Berufsberatung und Lehrlingswesen und zum Schutze der erwerbstätigen Jugend gebracht werden. Die Schulpflicht ist auszubauen, die Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren zu verbieten, die Arbeits-zeit der jugendl. Arbeiter ist dem Fortbildungsschul-unterricht anzupassen, Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter ist in Wegfall zu bringen, das uneheliche Kind ist in seinen wirtschaftlichen Ansprüchen an den Vater dem ehelichen Kinde gleichzustellen. Kinder dürfen minderwertigen Eltern, Psychopathen, Trin-tern usw. die wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit von Gerichten freigesprochen oder mit kurzer Freiheitsstrafe belegt, nicht preisgegeben werden. Das Jugendstrafrecht ist ein Schutz- und Erziehungssystem zur Verhütung von Verbrechen umzuwandeln.

Oberster Grundsatz der Wohlfahrtspflege muß

sein: umgehende Hilfe am Aufenthaltsort; dieselbe darf nicht abhängig gemacht werden von vorheriger Entscheidung der Kostenfrage; diese ist nachträglich zu regeln. Durchgreifende Hilfe kann ermöglicht werden durch Schaffung leistungsfähiger Verbände.

Die Verwirklichung dieser Aufgaben haben sich die Arbeiterwohlfahrtsauschüsse als Ziel gesetzt. Die äußere Organisation der Arbeiterwohlfahrtspflege ist folgende: Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hat seinen Sitz in Berlin. In den verschiedenen Län-dern sind Landesauschüsse gebildet. Der Landes-Arbeiterwohlfahrtsauschuß gliedert sich in Bezirks-Arbeiterwohlfahrtsauschüsse. Innerhalb der Bezirke sind wiederum in allen größeren Gemeinden und besonders den Industriezentren örtliche Arbeiterwohlfahrtsauschüsse gebildet, in Dresden z. B. besteht ein Auschuß aus 130 Personen beiderlei Geschlechts. Diese sind von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vorgeschlagen und gewählt worden. Ähnlich wie in der amtlichen Wohlfahrtspflege bestehen hier Fachauschüsse und Arbeitsgemeinschaften, so unter anderem die Kinderchutzkommissionen die sich mit der Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder befassen, der Jugendfürsorgeauschuß, aus dessen Reihen die Jugendfürsorger gestellt werden, die in enger Fühlung mit den Jugendämtern arbeiten. (In Dresden sind etwa 25 Jugendfürsorger und Fürsorgerinnen für über 125 Jöglinge tätig.) In wei-teren Ausschüssen wird die Wohnungsfürsorge und Tuberkulosefürsorge behandelt. Auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind Personen aus dieser Reihen tätig, die in nächster Zeit hier zu einer Fachgruppe zusammenzutreten.

Die Schaffung ähnlicher Einrichtungen in un-erer Partei wie die Arbeiterwohlfahrtsauschüsse in Deutschland würde sicher bei allen jenen Arbeitern und Arbeiterinnen die sich an der Wohlfahrtspflege beteiligen, lebhaftest Befriedigung hervorrufen. Jedem-falls aber sollte dahin gewirkt werden, daß die Wohlfahrtspflege zentralisiert und in Reichs-Landes-(Gau-) und Bezirksfürsorgeämtern gegliedert wird. a. r.

Telegramme.

Im Mai Reichstagswahlen.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Der Kampf, den die Rechte im Reichstage für die Festsetzung des 6. April als Termin für die Reichstagswahl geführt hat, kann als erledigt gelten. Der 6. April als Wahltermin war für die reaktionären Parteien deshalb besonders wichtig, weil an diesem Tage gleichzeitig die Wahlen in Bayern stattfinden und man in Bayern im Kreise der Re-aktionäre allgemein wünscht, durch Zusammen-legung des Landtags mit den Reichstagswahlen von den Besonderen bayerischen Vorgängen ablenken zu können und damit die ganze Wut des Volkes unter der Parole: Gegen Berlin! auf die So-zialdemokratie loszulassen. Dieser An-schlag der Rechten ist jetzt endgültig abgetan; durch eine Verständigung zwischen der Regierung, den Koalitionsparteien der bürgerlichen Mitte und der Sozialdemokratie ist man übereingekommen, die Wahlen im Mai abzuhalten. Als genauer Termin wird mit großer Wahrscheinlichkeit der 18. Mai genannt. Ueber Einzelheiten dieser Ab-machung wird noch verhandelt, so daß sie noch nicht feststehen. Da aber auch die Regierung auf außenpolitischen Gründen großes Gewicht dar-legt, die Wahlen nicht vor den französi-schen Kammerwahlen stattfinden zu las-sen, kann man sicher mit der Annahme eines sol-chen Kompromisses rechnen.

Inzwischen geht im Reichstag die Debatte endlos weiter, ohne etwas Wesentliches zuto-zu zu fördern. Die Debatte über die Steuernotver-ordnung dürfte sich bis in die nächste Woche hin-ausziehen. Derauf bleibt immer noch die Ver-pflichtung übrig, den Rotetat zu verabschieden, ohne den die Regierung für die nächsten Wochen nicht arbeiten kann.

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

28

Es wurde Nacht, und Vollmond stand hoch über den Bäumen am Himmel und leuchtete über das Land, bis es in geisterhaftem Licht gebadet da lag. Und mit dem Herabsinken der Nacht gewahrte Bud, der am Teich brütete und jammerte, einen Lärm des neuen Lebens im Walde, der anders war, als der, den die Hechats gemacht hatten. Er stand auf und horchte und witterte. Von weither kam ein schwaches scharfes Bellen, dem ein ganzer Chor ähnlicher Laute folgte. Nach einigen Augen-blicken wurden die Laute geschlossener und lauter. Bud erkannte sie als Töne, die er in der anderen Welt, die beharrlich ihm in Erinnerung blieb, ge-hört hatte. Er ging bis zur Mitte der Lichtung und horchte. Es war der wohlbekannte Ruf, aber er klang lockender und beschwerlicher, als je zuvor. Und wie nie zuvor war Bud bereit, ihm zu fol-gen. John Thornton war tot. Das letzte Band war zerrissen. Menschen und die Satzungen der Menschen banden ihn nicht mehr.

Auf der Jagd nach lebendem Fleisch, wie die Indianer es jagen, in der Fianke des Clientieres, war das Wolfrudel schließlich aus dem Lande des Holzes und der Flüsse herabgekommen und fiel jetzt in Bud's Tal ein. In die Lichtung, die das Mondlicht überflutete, strömten sie wie eine silberne Welle; und mitten in der Lichtung stand Bud, regungslos wie eine Statue, und war zu ihrem Empfang bereit. Er stöhte ihnen Ehrfurcht ein, so groß und ruhig stand er da, und es dauerte einige Zeit, bis der Lärm von ihnen stracks auf

ihn zusprang. Wie ein Blitz fuhr Bud auf ihn und zerbrach ihm das Genid. Dann stand er wieder unbeweglich wie zuvor, während der ge-schlagene Wolf sich hinter ihm in Todesschmerzen wand. Drei andere versuchten es in rascher Reihen-folge, aber einer nach dem andern zog sich zurück, und allen rann das Blut aus zerfleischnem Hals oder Schulter.

Das genügte, um das ganze Rudel einzuschüchtern, das durcheinander, zusammengedrängt, und vollständig in Verwirrung gebracht wurde durch den Eifer, die Beute niederzuwerfen. Bud's wunderbare Schnelligkeit und Behendigkeit kam ihm gut zu statten. Auf den Hinterfüßen sich drehend, und beißend und verwundend, war er überall zugleich, und anscheinend griff er ununterbrochen an, so schnell wirbelte er und packte er auf nach allen Seiten. Um sie abzuhalten, ihm in den Rücken zu fallen, sah er sich gezwungen, sich hinter dem Teich vorbei und in das Bett des kleinen Flusses zurückzuziehen; dort war eine hohe Sandbank. In einer rechtwinkligen Ecke dieser Bank, die seinerzeit Männer beim Minieren ange-legt hatten, nahm er Stellung, denn hier war er von drei Seiten geschützt und brauchte nichts an-deres zu tun, als ihnen die Stirn zu bieten.

Und dies tat er so gut, daß die Wölfe sich nach einer halben Stunde zurückzogen. Sie ließen ihre Zungen heraushängen und zeigten die weißen Hauer, die im Mondlicht schrecklich aus-sahen. Einige Wölfe lagen mit erhobenen Köpfen und nach vorn gespierten Ohren auf der Erde; andere standen aufrecht und beobachteten Bud, und wieder andere schlappten Wasser auf. Ein langer, hagerer und grauer Wolf kam vorsichtig in freundlicher Weise näher, und Bud erkannte ihn als den wilden

Bruder, mit dem er einen Tag und eine Nacht ge-laufen war. Der alte Wolf winkte leise, und als Bud ebenfalls winkte, berührten sie sich mit den Nasen.

Dann näherte sich ihm ein zweiter Wolf, alt und lampnarbig. Bud verzog seine Lippen wie zum Grollen, aber auch sie berührten sich mit den Nasen; dann setzte sich der alte Wolf hin, streckte die Nase nach dem Mond und brach in das lange Wölfsgeheul aus. Die andern Wölfe setzten sich ebenfalls hin und heulten. Und nun kam der Bud in nicht mehr mißverstehenden Ausdrücken zu Bud. Auch er setzte sich hin und heulte. Dann kam er aus seiner Ecke heraus, und die Wölfe drängten sich um ihn und schnüffelten in halb freundlicher und halb feindlicher Weise. Die Leit-wölfe ermutigten das Rudel zum Bellen und sprangen in den Wald. Die Wölfe liefen hinter-drein und bellten im Chor. Bud lief mit ihnen, Seite an Seite mit dem wilden Bruder, und bellte im Laufen.

Und hier mag wohl die Geschichte Bud's enden. Vor nicht langer Zeit haben die Hechats eine Veränderung in der Rasse der Waldwölfe beobachtet, denn sie sahen einige mit braunen Fle-cken an Kopf und Schnauze und mit einem weichen Streifen an der Brust. Aber, was noch bemer-kenswerter ist als das, die Hechats erzählen von einem Geisterhund, der an der Spitze des Rudels läuft. Sie fürchten diesen Geisterhund, denn er besitzt größere Schlaubheit als sie, sticht in strengen Wintern aus ihren Lagern, raubt ihre Fallen und trägt ihren kühnsten Jägern.

Nehm, die Geschichte wird noch kühnmer. Es gibt Hechats, die nicht mehr ins Lager zurück-

kehren, und es hat Hechats gegeben, die ihre Häuptlinge mit grauenhaft zerrissenen Reihlen an-fanden, und um deren Leichname Wölfsfährten zu sehen waren, größer als die Fährten irgend eines Wolfes. Und im Herbst, wenn die Hechats der Bewegung des Clientieres folgen, kommen sie an ein gewisses Tal, das sie nicht betreten. Und es gibt Frauen, die schwermütig werden, wenn die Rede davon über das Feuer geht, auf welche Weise der böse Geist kam, um jenes Tal als Wohn-platz auszuwählen.

Zur Sommerzeit jedoch kommt ein Besucher in das Tal, von dem die Hechats nichts wissen. Es ist ein großer, herrlich gekleideter Wolf, ähnlich und doch unähnlich allen andern Wölfen. Er kommt allein aus dem lachelnden Waldbrand und geht hinab zu einer lichten Stelle unter den Bäu-men. Dort ist ein Wasser, das von verfallenen Goldsäden gelb gefärbt ist und in der Erde ver-sickert. Lange Gräser wachsen durch das Wasser hindurch und Pflanzenschimmel bedeckt es und ver-birgt sein Gelb vor der Sonne. Hier verweilt der Besucher eine Zeitlang und heult lang und herz-gerriehend, bevor er weitergeht.

Aber er ist nicht immer allein. Wenn die lan-gen Winternächte kommen und die Wölfe ihrer Beute in die tieferen Täler folgen, kann man ihn an der Spitze der Wölfschar durch das bleiche Mondlicht oder das flimmernde Nordlicht laufen sehen. Er läuft gigantisch erhoben über seinen Ge-fährten, und seine gewaltige Stimme dröhnt mächtig, wenn er das Lied der Vorzeit singt, das Lied der Wildnis.

(Schluß)

Die Aufpeitschung zum Haß. In Leipzig existiert ein Verlag, dessen Aufgabe darin besteht, gegen Andersdenkende und Andersgläubige Haß und nichts als Haß zu verbreiten. Es ist dies der „Hammerverlag“, der in Zehntausenden von Exemplaren das haßerfüllte Buch kostenlos versendet — und zwar hauptsächlich in die Schweiz — das Buch „Der internationale Jude“, das sich auf die längst widerlegten „Protokolle der Weisen von Zion“ aufbaut. Von München aus wird wiederum eine häßlich illustrierte Broschüre „Die Mörder Russlands“ versendet, wo alle Führer von Lenin bis Rykow und Tischerin abgebildet sind. Selbstverständlich sind die Zeichnungen nur verzerrte Bilder. Die „Vollstän-dige Zeitung“ wirft bei Besprechung dieser Haßpropaganda die Frage auf: Warum führt man diese enormen Summen nicht lieber den notleidenden Landeskindern zu? Dafür sollen die Schweizer die Sorge übernehmen, sollen die Boms kaufen und hunderttausende Francs für das Liebeswerk ausführen; als Kompensation erhalten sie dann die „wertvolle Literatur aus dem Hammerverlag“; die Schweizer wissen mit der Schrift allerdings nichts anzufangen. Daß „Aljuda den Weltkrieg gewollt hat“, ist ihnen ein Rätsel. Waren denn die deutschen Militärs Juden? Waren in den verschiedenen Ländern die Kriegshelber Juden? Die Judenpogrome in der Ukraine und in Rußland waren nur von Juden angezettelt? Für solche Schreiberlein haben die Schweizer doch kein Verständnis, diese Menschen haben sich das Sakentzeug noch nicht zum „Heiligen Wahrzeichen deutschen Stumpfsinns“ erkoren und es weder an der Stirn noch am Ärmelschiff sich eingedrückt. Die Achtung des Auslandes gegenüber einem Deutschland, von dem derartiger Haß ausgeht, wird gewiß nicht steigen und so ist die Verbreitung derartiger Schriften der wahre Dolchstoß.

Labour Party und Gemeindefeststellungsrecht. Die „Trodenen“ Englands begriffen den Wahlausfall mit Jubel; sie erwarteten, daß Local Option in ein bis zwei Jahren eingeführt wird, wenn die Arbeiterpartei am Ruder bleibt; sobald die drängendsten Probleme der äußeren und inneren Politik gelöst sind, wird diese Frage auf die Tagesordnung gestellt werden. Nicht weniger als 300 Mitglieder des Unterhauses haben während der Wahlen Erklärungen zu Gunsten der Local Option abgegeben. Die Labour Party hat eine Flug-schrift herausgegeben, zu der J. Ramsay MacDonald das Vorwort schrieb. Er sagt darin: „Jedermann gibt zu, daß das Trinkproblem vom moralischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus brennend ist. Der Alkoholhandel ist eine Drohung für die Deffenlichkeit und den Staat geworden; er forumpiert die Politik.“ Eine Anzahl von Mit-gliedern des Hauses der Gemeinen hat sich orga-nisiert, um den Kampf für das Gemeindefest-stellungsrecht gemeinsam zu führen; sie haben Mrs. Wintingham zum Vorsitzenden, Lady Astor und Charles Ammon zu Vizepräsidenten gewählt. Die bekanntesten Führer der Trodenen wurden wieder-gewählt, darunter Arthur Henderson bei der Nach-wahl. Der Führer der „Rassen“, Sir Reginald Hall, ein Konservativer, Direktor des gewaltigen Brauereikonzerms von Pilsen, erlitt in Liver-pool eine vernichtende Niederlage. Sowohl Lloyd George als auch Ramsay MacDonald haben sich in ihren Wahlmanifesten als Anhänger des Ge-meindefeststellungsrechtes bekannt. In einem Briefe an das Temperenzkomitee der freien Kir-chen erklärte MacDonald, seine Anhängerschaft an das Programm der „Trodenen“ sei wohlbekannt und die Liberale Partei sagte in ihrem von Asquith und Lloyd George unterfertigten Wahl-programm direkt, „es dürfe den Bürgern einer Gemeinde das Recht nicht länger vorenthalten werden, selbst über die Verhältnisse des Alkohol-auschanfes in ihrem Gebiete zu entscheiden.“

Eine Skandalaffäre des spanischen Diktators. Die französische Presse läßt sich aus Madrid spalten-lange Berichte schicken über eine Skandalaffäre, in die der spanische Diktator, General Primo di Rivera, verwickelt sein soll. Der „Matin“ erzählt, es handle sich um die Affäre einer Halbweilidame, die den Spitznamen „La Coabo“ führt. La Coabo wurde Ende Dezember von der Madrider Polizei ver-haftet. Bei der Verhaftung benahm sich La Coabo sehr ungebührlich und drohte den Polizeibeamten an, daß ihnen ihre Amtshandlung teuer zu stehen kommen würde, da sie über die besten Beziehungen zum Diktator verfüge. Der Richter, der sich mit dem Fall La Coabo zu beschäftigen hatte, ließ sich zu-nächst nicht einschüchtern, aber La Coabo mußte doch schließlich auf persönliche Anordnung Primo di Ri-veras in Freiheit gesetzt werden. Der Fall La Coabo war einige Wochen hindurch die Sensation von Madrid. In allen Kabarets wurde die Ge-schichte besungen, und auch die Zeitungen beschaften sich ausführlich mit ihr, verlegten aber den Schau-platz nach — Bulgarien. Als der Skandal schließ-lich immer weiteren Umfang annahm, sah Primo di Rivera sich gezwungen, die Flucht in die Deffenlich-keit zu ergreifen. Er kündigte sogar noch an, daß er den Richter, der sich öffentlich über das Hand-schreiben des Diktators ausgehalten hatte, von seinem Posten entfernen werde. Die Ausführung dieser Drohung ließ nicht lange auf sich warten. Jetzt ge-riert die Erregung in Madrid auf den Höhepunkt. Der Vorgesetzte des pflichtgetreuen Justizbeamten, der Präsident des höchsten Zivilgerichtshofes, ver-luchte, den Diktator umzustimmen und den bedrohten Be-amten zu retten. Aber auch er wurde von Primo di Rivera kurzerhand seines Amtes enthoben. Das war selbst für einen Diktator viel. Die Advokaten-Vereinigung Madrids protestierte gegen den Ge-waltstreich, und im Literarischen Klub Ateneo wur-den zornentbrannte Reden gegen den diktatorischen Uebermut gehalten. Der Erfolg war, daß ein Red-ner sofort ins Exil auf die wüste Insel Fuerteventura verbannt wurde. Das gleiche geschah mit dem Madrider Universitäts-Professor Miguel de Un-a-muno, der sich der Verbannten angenommen hatte.

Volkswirtschaft.
Die Lohnbewegung im nordböhmischen Baugewerbe.

Mittwoch, den 5. März wurden in Reichenberg die Verhandlungen im Baugewerbe fortgesetzt. Zum siebentenmal waren die Unterhändler beisammen. Wiederum ergebnislos. Der Ab-schluß schwebte an der Lohnfrage. Die Unterneh-mer verlangen eine Lohnherabsetzung in der ersten, zweiten und dritten Lohnklasse. Die Löhne sollen für gelernte Arbeiter ab dritten Gehilfenjahr betragen: in der ersten Lohnklasse 4.55 K bis 31. Mai, ab 1. Juni bis 15. Oktober 4.50 K, von da ab soll die Festsetzung von der Differenz zwischen der Jänner- und Augustindexziffer abhängen. In der zweiten Lohnklasse würden die Stundenlöhne bis 15. Oktober betragen 4.30 und 4.25 K. In der dritten 4.10 und 4.05 K. Diese Forderung mußte von den Arbeiter-vertretern abgelehnt werden. Um die Möglichkeit der Fortsetzung der Verhandlungen zu prüfen und um zu erwägen, ob ein neuer Vermittlungsvorschlag gemacht werden kann, wurden die Beratungen unterbrochen.

In der Verhandlungskommission der Arbeiter machte Genosse Hausmann einen, schon am 26. Februar in Erwägung gezogenen und einstimmig be-schlossenen Vorschlag, der den Baumeistern unter-breitet werden soll. Die Lohnsätze in der zweiten und dritten Lohnklasse sollten stabilisiert bleiben. In der ersten Lohnklasse hat der Stundenlohn 4.55 K (jetzt 4.57 K) bis 15. Oktober zu betragen. Sofern sich zwischen der Indexziffer im Jänner und der im August eine Differenz von mehr als zehn Prozent ergeben sollte, sinkt oder erhöht sich der Stunden-lohn um fünf Heller. Die Kommunisten erklärten, daß sie diesem Lohnabbau nicht zustimmen könnten, weil sie dazu kein Mandat hätten. Sie mühten auf der Zahlung von 4.57 K bestehen bleiben. Es sei vorweg nochmals festgehalten, daß dieser Vorschlag am 26. Februar einstimmig, also auch von den Kom-munisten, in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen wurde. Der Vertreter der tschechischen National-sozialisten schloß sich irtümlich der Erklärung an. Nach den getroffenen Vereinbarungen hätte der Vor-schlag, da Stimmengleichheit war, nicht als Ver-handlungsgrundlage gelten können. Nachdem die Kommunisten aber erklärten, daß sie am 5. März zu dem, was sie am 26. Februar mitbeschlossen, plötzlich kein Mandat hätten, da erst ihre Mitglieder befragt werden mühten, gab Genosse Hausmann für den deutschen Bauarbeiterverband im Einvernehmen von vier Kommissionsmitgliedern die Erklärung ab, daß sie sich an die getroffenen Vereinbarungen nicht mehr als gebunden erachten, da ernste und verantwortungsvolle Vertrauensmänner der Arbeiterschaft eine solche Komödie nicht mitmachen können und dürfen. Dieser Erklärung schlossen sich der Bau- und Keram-arbeiterverband und der nationalsozialistische Ver-band an. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen führte diese gemeinsame Erklärung zum Exodus der Kommunisten. Sie gingen ja nicht gern, weil wohl einige von ihnen den Blödsinn, den ihr Führer wie-der einmal begangen hat, einsehen mochten. Nach einigem Zögern verließen die Kommunisten aber doch den Verhandlungsaal, ohne dabei zu vergessen, sich durch einige kindische Bemerkungen beim Ab-schied noch einmal lächerlich zu machen. Die dann ohne den Kommunisten fortgeführten Verhand-lungen verliefen, wie schon bemerkt wurde, resultatlos, jedoch wurden dieselben von keiner Seite als abge-brochen bezeichnet. Am 6. März brachte der Rei-chenberger „Vorwärts“ mit fetten Lettern das erste Pamphlet gegen Genossen Hausmann. „Hausmann sprengt die Einheitsfront der Bauarbeiter, da die Vertreter des Zentralverbandes gegen den Lohnabbau sind.“ Das Pamphlet ist ein Appell an jene, die bekanntlich nicht alle werden. Vernünftig den-kende Arbeiter lassen sich durch das jetzt wieder los-brechende Geschimpfe nicht ins Bodshorn jagen. Herr Gampe scheint zu vergessen, daß er mit seinem Herrn und Meister Letenla im Vorjahr den Unter-nehmern in zwei Verhandlungen einen 25prozentigen Lohnabbau präsentierte. Der „Verrat“ des Ge-nossen Hausmann besteht darin, daß er in der sie-benten Verhandlung, um eine Grundlage für den Abschluß eines Vertrages zu finden, für einen Bruch-teil der Arbeiter in einer Lohnklasse einen Lohnabbau von einem halben Prozent, respektive von einem Prozent vorschlug, wenn die Indexziffer um mehr als zehn Prozent sinken sollte. Dieser Vorschlag wurde von Hausmann gemacht, weil er als Spre-cher der Verhandlungskommission bestimmt war. Der Sprecher hätte ebenso gut ein anderer sein kön-nen. Dies ist die Wahrheit, die auch durch die stärk-sten kommunistischen Schimpfereien nicht aus der Welt geschafft werden kann. Die nichtkommunisti-schen Bauarbeiter werden in kürzester Zeit Gelegen-heit haben, in Versammlungen zu den Lohnverhand-lungen Stellung zu nehmen. Lassen sich die nord-böhmischen Bauarbeiter von den kommunistischen Maulrednern wieder betören, dann werden sie wie-derum in kürzester Zeit einsehen müssen, daß sie neuerlich die Geprellten, Gefoppten, Belogenen und Betrogenen sind. Die Kommunisten appellieren wie stets an die Gedankenlosigkeit, Dummheit und Un-wissenheit. Aufgabe der denkenden Bauarbeiter ist, nach der Berichterstattung in den Versammlungen, den Bericht zu prüfen und als ernste, erwägende Männer dann das Urteil zu fällen. Im Kampf haben nicht das Gefühl, sondern Verstand und Vernunft zu entscheiden.

Streik der Maser in Karlsbad. Wie uns aus Karlsbad telegraphiert wird, sind die dortigen Maser gestern in den Streik getreten.
Vor einem Lohnkampf der Londoner Stra-ßenbahner. „Daily Express“ zufolge verlangen 17.000 Londoner Straßenbahner eine Lohn-erhöhung von acht Schilling in der Woche und drohen, in den Ausstand zu treten, wenn sie nicht bewilligt werden sollte.

Der amerikanische Arbeitsmarkt zeigt das Schwinden der Konjunktur. Die Statistik über den amerikanischen Arbeitsmarkt zeigt ein sehr be-trächtliches Sinken des Beschäftigungs-grades. Es wurde der durchschnittliche Beschäfti-gungsgrad der Jahre 1919 und 1922 auf Grund verschiedener statistischer Erhebungen errechnet, einer Periode also, in welcher Konjunktur und Krise einander ablösten. Seit Juni letzten Jahres ist der Beschäftigungsgrad bereits geringer als der erwähnte Durchschnitt. Seitdem brachte ein jeder Monat eine neue Verschlechterung des Gesamt-bildes. In den kleinen Betrieben und der Land-wirtschaft ist der Beschäftigungsgrad in einem viel höheren Maß gesunken als in den Fabriken. Die Bestellungen der Eisenbahnen hörten Mitte 1923 auf. Darin und in dem Abflauen der Bau-tätigkeit liegt der hauptsächlichste Grund des Ab-sinkens der Konjunktur. Für die Textilindustrie kommt noch die Baumwollknappheit hinzu. Trotz dieses Rückganges kann man in Amerika immer noch nicht von einer Krise, ja nicht einmal von dem Aufhören der Konjunktur reden.

Bildungsarbeit.

Genossenschaftliche Schulen. Der März-numer der „Konsumgenossenschaft“ entnehmen wir, daß im Monat Februar Genosse Heinrich Sierakowski, Leiter der Genossen-schaftsschule Hamburg, auf Einladung des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften 28 Vorträge abgehalten hat und zwar in Ach, Gras-litz, Falkenau, Altroßlau, Komotau, Brüx, Turn, Bilitz, Kuffig, Bodenbach, Böhmen-Ramitz, Schön-linde, Jwidau, Böhmen-Leipa, Raspenau, Jung-buch, Bernsdorf, Braunau, Mährisch-Schönberg, Landekron, Mährisch-Trübau, Neutitschein, Poten-wald, Schönbrunn, Troppau, Freivaldau und Jägerndorf. Die Vorträge waren von 3500 Teil-nehmern besucht. — In Kuffig, Trau-tenau, Eisenstein und Karlsbad werden gegenwärtig Vorstandsschulen abge-halten, die juristische, betriebstechnische und volks-wirtschaftliche Fragen behandeln. — Die Kreis-genossenschaft Chodau veranstaltet im März eine Schule für ihre Aufsichtsräte.

Kunst und Wissen.

Richard Mayr, der ausgezeichnete Wiener Bassist, hat am Mittwoch an Stelle des Leporello in Mozarts „Don Juan“ die Titelrolle in Donizetti's komischer Oper „Don Pasquale“ gesungen. Diese infolge plötzlicher Erkrankung Frau Rufas notwendige Aenderung des Spielplanes hätte von jenem Teile des Theaterpublikums, der der Vorstel-lung ferngeblieben war, weil er den „Don Juan“ hören wollte, nicht so ungerecht beurteilt werden dürfen. Denn, wenn auch Donizetti kein Mozart und ein „Don Pasquale“ kein „Don Juan“ ist, so ist doch Donizetti's komische Oper erfüllt von melo-dienreicher und fröhlicher atemender Musik und bietet vor allem in ihrer Hauptrolle einem Meister des Bühnenspiels wie Mayr glänzende Gelegenheit zur vollen Entfaltung seiner gesanglich und darstel-lerisch gleich großen Kunst. Mayr hat als Don Pasquale sogar fast zu viel des Guten an Draht und Humor getan. Aber im übrigen war es ein wirklicher Genuß, diesen Künstler, der sich nicht auf das ausdrucksvolle Mienenspiel beschränkt, sondern bei dem Hände und Füße sowie überhaupt der ganze Körper mittätig sind, gerade in dieser charak-teristischsten Rolle zu sehen — und zu hören, denn Mayr nützt auch jede sich ergebende Gelegenheit voll aus, die Größe und technische Fertigkeit seines prachtvollen Basses zu zeigen. Dem berühmten Gaste ebenbürtig erwies sich unsere ausgezeichnete Koloraturfoubrette Frau de Garma, deren Ge-sangskunst, musikalische Tüchtigkeit und darstellerische Gewandtheit sich ebenfalls zur höchsten künstlerischen Vollkommenheit heranreift.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Jicha-Mayr „Figaros Hochzeit“; Samstag „Von Morgens bis Mitter-nacht“, Nachtvorstellung (Beginn 10 Uhr) Gast-spiel der Ex-Bühne „Das Jungferntuch“; Sonntag abends „Die Zauberflöte“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Vorstellung des Verbandes der Bau- und Spar-kassabeamten „Wauwau“; Samstag „Der Wet-ter aus Ding's da“; Sonntag 3 Uhr und abends Gastspiel der Ex-Bühne „Der Hestreif“.

Herausgeber: Dr. Lubmög Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Aus der Partei.

Samlungsausweis für den Monat Februar 1924. Parteifond: Trautenau 400 K, Kuffig 600 K, Sternberg 1120 K, Brünn 160 K, Troppau 1000 K, Kuffig 600 K, Grulich-Landskron 200 K, Böhmisches-Krumm 200 K, Trautenau 600 K, Karlsbad 1600 K, Bodenbach 734 K, Leptih 1400 K, Boden-bach 1000 K, Mies 1120 K, Karlsbad 600 K, Karls-bad 400 K, Trautenau 400 K. — Zentralwahl-fond: Trautenau 200 K, Kuffig 300 K, Sternberg 560 K, Brünn 80 K, Troppau 500 K, Kuffig 300 K, Grulich-Landskron 100 K, Böhmen-Krumm 100 K, Trautenau 300 K, Karlsbad 800 K, Bodenbach 366 K, Leptih 700 K, Bodenbach 500 K, Mies 560 K, Karlsbad 300 K, Karlsbad 200 K, Trau-tenau 200 K.

Unsere Parteiarbeit in Přeburg. Partei-konferenz: Sonntag, den 9. März, vormittags halb 10 Uhr, im Coit's Gasthaus, Palfyggasse 3, wichtige Parteikonferenz. — Volksver-sammlung: Sonntag, den 16. März d. J., vor-mittags halb 10 Uhr, im Saale des Hotels „zum goldenen Sirchen“, Marktplatz, öffentliche Volksversammlung. Referent aus Prag. Agitiert für Massenbesuch dieser Versammlung. — Einen schönen Erfolg haben unsere Přebur-ger Genossen mit den seit November d. J. all-wöchentlich Sonntag abgehaltenen Märchenvor-lesungen zu verzeichnen. Am Sonntag, den 2. März findet nun die letzte Märchenvorlesung statt, wobei der Sängerverein „Ragnet“ (Schudertwerte) mitwirken wird. Aus diesem Anlasse berichtet das Přeburger Sekretariat, daß die Märchenvorlesun-gen zusammen von zirka 10.000 Kindern besucht waren, die Einnahmen die Höhe von 4800 Kronen ausmachten und die Regielehnen nicht nur gedeckt, sondern ein erheblicher Ueberschuß erzielt wurde.

Localorganisation Weinberge, Ruffe, Trschowip. Montag, den 10. März, abends 8 Uhr, Versamm-lung im Café „Nizza“ (Vereinslokal), Weinberge, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Czuczka: „Kul-turgemeinschaftliche Beziehungen der Deutschen und Tschechen“.

Turnen und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportverband, 5. Kreis. Samstag, den 8. März l. J. Erzieherkurs für den 2., 3., 4., 5., 7. und 8. Bezirk des Kreises; außerdem sollen an dem Erzieherkurs diejenigen Vereine des 1. und 6. Bezirkes teilnehmen, die in Bodenbach nicht vertreten waren. Der Kurs beginnt nachmittags 3 Uhr, Ort: Brüx, Lokal: Hotel „Stern“. Pro-gramm: Samstag nachmittags von 3 bis 4 Uhr: Einführung und Besprechung des Arbeitsplanes. Vortragender Bundeserzieher Gen. Richard Reigner. Von 4 bis 6 Uhr: Das gute Kinderbuch und die Stellung des Erziehers im Verein. Vortragender Kreis-erzieher Genosse Janauschek. Ab 6 Uhr Licht-bilderapparat: Wesen und Bedeutung für die Er-ziehung und Bildung. Vortragender Gen. Richard Reigner. Sonntag früh: Beginn 9 Uhr: Sport und Alkohol. Gen. Dr. Lieben. Von 11 bis 12 Uhr: Lehr-versuche (hiebei ist anwesend die Kinderabteilung von Brüx); Vorbereitungen hierzu Samstag. Von 12 bis halb 1 Uhr: Kritik der Lehrversuche. Nachmittags: Von 2 bis 5 Uhr: „Kind und Sozialismus“ und Geschichte der Erziehung. Referent: Genosse Dr. Stern. Mitzubringen ist der Arbeitsplan für Er-zieher, Heft und Bleistift. Alle Vereins-erzieher müs-sen anwesend sein. Die Kursleitung.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Arenal, Prag-Nezavanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekty 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche PRAG II., Hybernská Konzert Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Schlechtes Wetter
verlangt gute Schuhe!
Darum tragen Sie
Palma Kautschukabsätze & Sohlen